



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

LANDTAGS NACHRICHTEN

10. April
3/2025
www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde: Verantwortungsvoll investieren und modernisieren +++ Landtag beschließt Novelle des Schulgesetzes
+++ Debatte über Härtefallfonds für Krankenhäuser +++ Gleiche Chancen für Frauen +++ LKW-Führerscheine für die Feuerwehren
+++ Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention & Tag der Menschen mit Behinderung 2024 +++ Petitionsausschusses in Krenzow
+++ HELCOM-Vertreter im Agrarausschuss +++ Enquete-Kommission vor Ort in Rostock +++ Landesfinale Jugend debattiert +++



3	AUS DEM PLENUM	„Verantwortungsvoll investieren und modernisieren – Für Sicherheit und Wohlstand“ (Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU-Fraktion)
4 - 10	Auszüge aus der Originaldebatte	Daniel Peters (CDU), Dr. Heiko Geue (Finanzminister), Nikolaus Kramer (AfD), Torsten Koplín (DIE LINKE), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP), Julian Barlen (SPD)
11 - 22	Berichte	Landtag beschließt Novelle des Schulgesetzes Debatte über Härtefallfonds für Krankenhäuser Gleiche Chancen für Frauen LKW-Führerscheine für die Feuerwehren Debatte über eine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus Nachhaltiges Haushalten in Mecklenburg-Vorpommern
23 - 26	Meldungen	Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention & Tag der Menschen mit Behinderung 2024 Debatte über diplomatische Wege zum Frieden in der Ukraine Landesliste für „Immaterielles Kulturerbe in MV“ Debatte über Führerscheinzusatz für Azubis Forderung nach bezahlbarer und gesunder Kita- und Schulverpflegung Modernisierung der MV-Wirtschaft gefordert
27 -30	Befragung der Landesregierung	
31	Gesetzgebung	
32 - 34	Ausschüsse	HELCOM-Vertreter Rüdiger Stempel im Agrarausschuss Enquete-Kommission vor Ort in Rostock Treffen der Arbeitsgruppe „Energiesicherheit, -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität“ Internationale Fachtagung – Die politische Partizipation von Frauen im Ostseeraum Ortsbesichtigung des Petitionsausschusses in Krenzow
36 - 38	Panorama	Landesfinale Jugend debattiert Fledermauszählung Landtagspräsidentin zu Gast am Oberlandesgericht Parlamentarischer Abend der Medienanstalt MV Jahresbericht des Bürgerbeauftragten
40	Wussten Sie schon?	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler
Layout: produktionsbüro TINUS
Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 14.03



Foto: Danny Gohlke

„Verantwortungsvoll investieren und modernisieren – Für Sicherheit und Wohlstand“

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU-Fraktion

Die neue geopolitische Lage erfordere schnelles Handeln, argumentierte die CDU in der von ihr beantragten Aktuelle Stunde „Verantwortungsvoll investieren und modernisieren – Für Sicherheit und Wohlstand“. Sie appellierte an die politische Mitte, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und im Bundesrat dem von SPD und CDU/CSU ausgehandelten Finanzpaket zuzustimmen.

Da es Frieden und Freiheit „nicht zum Nulltarif“ gebe, müsse Deutschland für seine Sicherheit „umfassende Investitionen“ in Angriff nehmen, verdeutlichte der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU). Zusätzlich werde ein Bundes-Sondervermögen, flankiert von Strukturereformen und Einsparungen, den zukünftigen Wohlstand sichern. Darum sei es wichtig, jetzt zu handeln, sonst riskierten bald „die Falschen“.

Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) sah sowohl in der Verteidigungsfähigkeit als auch in dauerhafter wirtschaftlicher Stärke die Grundlage für mehr Sicherheit in Europa. Das vom Bund angestrebte und im Grundgesetz zu verankernde Sondervermögen würde dem Land 1,9 Milliarden Euro bringen und verbunden mit weiteren erwoگenen Maßnahmen mehr Wohlstand und Wachstum für MV garantieren.

Der Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** (AfD) warf der CDU mit dem Aufweichen von Schuldenbremse und fiskalischer Disziplin „Wählerbetrug im historischen Ausmaß“ vor. Die von der

CDU geplanten Ausgaben über eine Billion Euro dienten dem Rüstungssektor, aber nicht den Bürgern. Außerdem kannte die CDU die Pläne von US-Präsident Trump bereits vor der Wahl. Somit laufe das Argument einer veränderten Weltlage ins Leere.

Auch **Torsten Koplín** (DIE LINKE) tadelte die „Kehrtwendungen“ der CDU und sprach von „Wählertäuschung“ bereits vor dem Amtsantritt. Zumal der Investitionsstau in den Jahrzehnten der Regierungsverantwortung von CDU/CSU im Bund entstand. DIE LINKE habe die Schuldenbremse stets kritisiert. Doch die jetzige massive Rüstungsfinanzierung werde zur Inflation statt zum Wohlstand beitragen.

Keine neuen Schulden war ein „zentrales Wahlversprechen der CDU“, hielt die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Daniel Peters vor. Weder die Weltpolitik noch die Infrastruktur seien „über Nacht“ aus den Fugen geraten. Und nun erwarte die Bundeskoalition wie selbstverständlich die notwendige Zustimmung von BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN zur Grundgesetzänderung. Das sei schlicht „vermessend“.

Statt den Problemen mit Reformen, Wettbewerbsanreizen und Bürokratieabbau zu begegnen, sollen sie mit dem Geld der nachfolgenden Generationen „zugeschmissen“ werden, missfiel dem Fraktionsvorsitzenden **René Domke** (FDP). Ein Verschuldungspaket dieser Dimension habe Deutschland noch nie gesehen. Darum werde die FDP die Rechtmäßigkeit vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen.

Für den Fraktionsvorsitzenden **Julian Barlen** (SPD) stellte das Finanzpaket des Bundes einen „Durchbruch“ dar, der das Land „wieder ganz weit nach vorn“ bringen werde. Im Streben, das Beste für MV zu erreichen, müsse es jetzt darum gehen, diesen „massiven Impuls“ gemeinsam in die Tat umzusetzen. Denn die vor uns stehenden Aufgaben seien „größer als die Politik einzelner Parteien“.

Antrag CDU

Beschluss:

Es fand eine Aussprache statt

■ Daniel Peters, CDU



Foto: Danny Gohlke

Freiheit und Frieden verlangen Verantwortung. Und Freiheit und Frieden gibt es auch nicht zum Nulltarif, meine Damen und Herren.

Wir müssen mit Blick auf die internationale Lage feststellen und auch mit Blick auf unsere eigene Situation, dass es Gewissheiten gibt, die einstmals galten, aber zumindest bröckeln oder gänzlich weggefallen sind.

Dazu gehört, dass wir kein russisches Gas mehr erhalten.

Dazu gehört aber auch, dass die Sicherheitsgarantie der USA zumindest wackelig ist.

Meine Damen und Herren, Europa muss endlich begreifen, dass nur Europa auch für die eigene Sicherheit garantieren kann, und dazu, meine Damen und Herren, gehören umfassende Investitionen in unsere Verteidigung, meine Damen und Herren. Und es ist richtig, mit Blick auf die aktuellen Ereignisse in Berlin, dass wir die Schuldenbremse an dieser einen Stelle im sogenannten Einzelplan 14 öffnen, um diese Investitionen in unsere Sicherheit, in unsere Verteidigung zu ermöglichen.

(René Domke, FDP: Und warum nicht zwei Prozent? Warum nicht zwei Prozent?)

Und das muss schnell gehen, meine Damen und Herren, das muss schnell gehen, denn wenn ein amerikanischer Präsident damit droht, aus der NATO auszusteigen und die gemeinsame Sicherheitsarchitektur, die über Jahrzehnte Bestand hatte, in Zweifel zu ziehen, dann ist jetzt Handeln erforderlich. Man kann natürlich die Bedrohungslage weiterhin leugnen oder verniedlichen,

und oftmals ist das vielleicht auch ein gut gemeinter Pazifismus, aber oftmals stelle ich auch klammheimliche Zuneigung zu Kriegstreibern und Diktatoren fest, die nicht mit unserer Situation in Einklang zu bringen ist, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Unruhe bei Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Und nochmals, es geht nicht darum, kriegstüchtig zu sein, es geht darum, verteidigungsfähig zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und aus diesen geplanten Investitionen ergeben sich auch große Chancen für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur Investitionen in die Bundeswehrstandorte, derlei wir viele haben – und an der Stelle noch mal ein großes Dankeschön auch für den Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten –, meine Damen und Herren, es geht auch um Milliardeninvestitionen in die maritime Industrie.

[...]

Und genauso richtig ist es auch, ein Sondervermögen für den Bund und die Länder zu errichten. Unsere Wirtschaft braucht eine vernünftige Infrastruktur in Straßen und in Schienen,

*(Horst Förster, AfD:
Und höhere Zinsen natürlich!)*

eine funktionierende Digitalisierung und Investitionen in Energiesysteme der Zukunft

[...]

Ich war stehen geblieben bei der Migrationswende, bei der Landwirtschaft, und ich bin froh, dass wir die Agrardieselrückvergütung wieder vollumfänglich herstellen.

Ich bin auch froh darüber, dass wir einen siebenprozentigen Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie, eine wichtige Branche im Zusammenhang mit dem Tourismus, einen entscheidenden wirtschaftlichen Faktor für unser Land nach vorne gebracht haben, dass wir den Ausbau der Windenergie in Einklang bringen mit dem Netzausbau, dass wir über Planungsbeschleunigung reden, dass wir aber auch über grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur mit Blick zu unseren polnischen Nachbarn sprechen.

■ Heiko Geue, Finanzminister

„Die weltpolitische Lage hat sich dramatisch verändert – wir müssen Verantwortung übernehmen.“



Foto: Danny Gohlke

Die weltpolitische Lage hat sich dramatisch verändert.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Die jüngsten Äußerungen der US-Regierung [...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Schreiben Sie sich das doch mal hinter die Ohren! – Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

und der Eklat des Oval-Office-Treffens zwischen Präsident Trump und Präsident Selenskyj haben schockartig vor Augen geführt, dass Europa sicherheitspolitisch vor einer Wasserscheide steht. [...]

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – René Domke, FDP: Weil das 2-Prozent-Ziel nie umgesetzt wurde, nie! Nie!)

[...] Angesichts der Bedrohung aus Russland muss Europa mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. [...] mehr Sicherheit für Europa ist nicht nur eine Frage der Verteidigungsfähigkeit. Dauerhaft stellt die wirtschaftliche Stärke der größten Volkswirtschaft Europas die wichtigste Grundlage für mehr Sicherheit dar.

(René Domke, FDP: Ja, aber auch für die finanzielle Sicherheit. Wir haben auch eine Verantwortung in Europa für eine finanzielle Sicherheit.)

Eine funktionierende Infrastruktur, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine leistungsfähige Verwaltung sind die Basis für mehr Wohlstand, Gerechtigkeit und Sicherheit.

[...] Erstens: Für die Bundeswehr soll es kein weiteres Sondervermögen geben. Stattdessen sollen die Verteidigungsausgaben nur noch bis zu einer Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Schuldenbremse unterliegen.

(René Domke, FDP: Warum nicht zwei? Warum nicht zwei?)

Alles, was darüber hinausgeht, soll nicht auf die Schuldenregel angerechnet werden, dafür dürfen zukünftig Kredite aufgenommen werden. [...]

[...] Zweitens: Als Beitrag für mehr wirtschaftliche Stärke soll ein Sondervermögen zur Erneuerung der Infrastruktur im Grundgesetz verankert werden. [...]

(René Domke, FDP: Ja, das war nicht vor der Wahl klar.)

[...] Das Sondervermögen soll 500 Milliarden für die nächsten zehn Jahre umfassen. Da sind 100 Milliarden Euro für die Länder und Kommunen vorgesehen. In Mecklenburg-Vorpommern könnten hierdurch in den nächsten zehn Jahren Infrastrukturinvestitionen von in jedem Jahr rund 190 Millionen Euro realistisch werden. [...]

[...] Drittens: Den Ländern soll zukünftig analog zum Bund eine jährliche Neuverschuldung von bis zu einer Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ermöglicht werden, um mehr Finanzierungsspielraum in Krisensituationen zu haben. [...]

[...] Noch ist unklar, nach welchen Kriterien die Aufteilung der 0,35 Prozent auf die Länder vorgenommen werden soll. Klar ist aber, für Mecklenburg-Vorpommern würde sich hierdurch beim gegenwärtigen Bruttoinlandsprodukt ein weiterer Finanzierungsspielraum von mindestens 200 Millionen [...] pro Jahr ergeben, wobei die Ausschöpfung dieses Verschuldungsspielraums kein Dauerzustand werden darf, [...]

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – René Domke, FDP: Ganz schnell sind sie sich da einig, dass es mehr geben wird.)

Anders als beim Sondervermögen für Infrastrukturinvestitionen muss das Land hierfür die Zins- und Tilgungslast selbst tragen. [...]

[...], zusätzlich zur angestrebten Grundgesetzänderung soll eine Expertenkommission eingesetzt werden, die einen Vorschlag für eine Modernisierung der Schuldenbremse noch in diesem Jahr entwickeln soll. [...]

[...] Neben den veränderten finanzpolitischen Rahmenbedingungen ist notwendig, weiterhin Prioritäten zu setzen und die Aufgabenkritik voranzubringen. Ich kündige an, dass die Landesregierung die Staatsmodernisierung mit den Modernisierungskonzepten weiter vorantreiben und Bürokratie abbauen wird,

(René Domke, FDP: Da bin ich ja gespannt.)

um Wirtschaft, Bürger und Verwaltung zu entlasten. [...]

Es ist zu erwarten, dass die in den Sondierungen auf Bundesebene in Aussicht gestellten Maßnahmen Mecklenburg-Vorpommern deutlich dabei helfen werden, für unser Land mehr Wohlstand und Wachstum zu erreichen. [...]

Angesichts der neuen geopolitischen Unsicherheiten und der rasanten technologischen Veränderungen stehen Demokratien weltweit unter Druck. Mehr denn je ist es heute notwendig, dass ideologische Grabenkämpfe überwunden werden. Die Sondierungsverhandlungen sind ein gutes Beispiel dafür, dass dies möglich ist.

Nikolaus Kramer, AfD



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Die CDU nutzt nun diese Aktuelle Stunde für eine große Polit-Illusionsshow, um einen Wählerbetrug in historischem Ausmaß zu rechtfertigen. [...] Was die CDU uns in den vergangenen zwei Wochen präsentierte, ist nichts anderes als eine gigantische Irreführung der Wähler, ein abgekartetes Spiel, das den Vertrauensbruch zur Normalität erklärt.

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, der sich vor der Wahl als Hüter der fiskalischen Disziplin präsentierte und ein striktes Festhalten an der Schuldenbremse versprach, hat in nur zwei Wochen, meine Damen und Herren, in nur zwei Wochen nach der Wahl eine der spektakulärsten Kehrtwenden in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vollzogen. [...]

Mit einem Zauberstab namens Sondervermögen will er 1 Billion Euro, 1.000 Milliarden Euro, eine Zahl mit 13 Nullen, genauso viele Abgeordnete wie die CDU-Fraktion hier im Hause oder aber das 90-Fache unseres Landeshaushalts für dieses Jahr, meine Damen und Herren,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

1 Billion Euro aus dem Hut zaubern für die Verteidigung und die Infrastruktur. Schon heute beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung 58.800 Euro. Mit der geplanten Zusatzverschuldung würde diese Summe für jeden Bundesbürger in unserem Land auf 77.700 Euro anwachsen. [...] Das ist klar entgegen der Maastrichtvorgaben

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Jawoll!)

und nimmt nun ein seit 1948 unerreichtes Ausmaß an, meine Damen und Herren.

Bei den Milliardensummen für das Militär werden die freigesetzten Finanzressourcen in erster Linie in Rüstungsunternehmen gelenkt. Bomben, Drohnen und Panzer mögen zwar den Krieg in der Ukraine für ein paar Wochen fortsetzen und damit auch die Gelder in ein Land mit dem höchsten Korruptionwert in Europa pumpen, aber, meine Damen und Herren, zur Wohlmehrmehrung oder zum Konsumantrieb für die eigene Bevölkerung taugen diese Güter wenig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos – Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Sehr richtig!)

Zweitens. Was sich konkret hinter dem Begriff „Infrastrukturinvestitionen“ verbergen soll, bleibt völlig nebulös. Klar, sanierte Straßen, Schulen und Brücken wollen wir doch alle, gehört aber zu den Kernaufgaben des Staates, Herr Peters. [...]

Ich möchte einmal aus dem CDU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 zitieren. Wir werden „an der grundgesetzlichen Schuldenbremse festhalten“.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

„Sie stellt sicher, dass Lasten nicht unseren Kindern und Enkeln aufgebürdet werden.“

[...] Die Unionsführung wusste bereits im November letzten Jahres, dass Friedrich Merz unter Beibehaltung der Brandmauer nur mit Unterstützung linker Parteien ins Kanzleramt einziehen können wird, meine Damen und Herren. Und jetzt müssen Sie von der CDU die Suppe halt auslöffeln und werden zwischen SPD und GRÜNEN gnadenlos zerrieben.

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

Die Partei, die vor der Wahl noch das Ende des linken Zeitgeistes verkündete, Herr Ehlers, macht sich nun zum besten Diener und Erfüllungsgehilfen linker Politik. [...]

Und jeder, jeder, der die letzten drei Monate im Wahlkampf und die Nachrichten verfolgt hat, kann das erkennen, meine Damen und Herren. Sie enthüllen ein Schauspiel des blanken Machtkalküls

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Das Schauspiel spielen Sie hier die ganze Zeit.)

und der Verachtung gegenüber dem Souverän, der Verachtung gegenüber unserem Volk. Die Bürger da draußen werden diese Täuschung aber erkennen und bei der nächsten Wahl vermerken. Dann nämlich werden wir als AfD Sie als Volkspartei ablösen,

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

denn Sicherheit und Wohlstand, meine Damen und Herren,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

kann und wird es nur mit der Alternative für Deutschland geben. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Torsten Koplín, DIE LINKE

„Die CDU ist regierungsuntauglich“



Foto: Danny Gohlke

Vielen Dank für das Wort, Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Damen und Herren [...] Ich darf Sie alle daran erinnern, dass von Anbeginn DIE LINKE, die Fraktion DIE LINKE hier im Landtag, auch in vorherigen Legislaturperioden die Schuldenbremse immer kritisiert hat, immer darauf hingewirkt hat und appelliert hat, die Schuldenbremse zumindest zu modifizieren, weil sie gleich in zweifacher Hinsicht Schaden anrichtet. Zum einen, notwendige Investitionen in Infrastruktur,

*(René Domke, FDP:
Können Sie doch zufrieden sein.)*

in Gesundheit, in Digitalisierung, in Bau, Bahn und Bildung vor allen Dingen sind unterblieben. Und der zweite Schaden, der angerichtet wurde durch die Schuldenbremse und angerichtet wird, solange sie so besteht, ist, dass sie uns in der Resilienz schwächt, dass wir krisenanfälliger geworden sind [...] Wir haben einen beklagenswerten Zustand. Der ist hier mehrfach, auch heute schon, besprochen worden. Wer ist dafür maßgeblich verantwortlich? Das ist, sehr geehrte Damen und Herren, die CDU/CSU. Sie haben, betonkopffartig haben Sie

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

an der Schuldenbremse festgehalten, wider besseres Wissen, denn Sie wissen ganz genau um die Notwendigkeiten und Herausforderungen, die es hierzulande gibt.

[...] Das eine ist, Sie haben ein Glaubwürdigkeitsproblem, das eine sagen und späterhin das andere in der Verantwortung machen, das beweisen Sie dieser Tage. Herr Merz ist bereits hier zitiert worden: „Damit Sie sich keine Illusionen machen, wir werden an der Schuldenbremse des Grundgesetzes festhalten“, so im November 2023 [...] Sie tragen die Hauptverantwortung für marode Brücken, ein desolates Schienennetz, ein Mobilnetz, löchrig wie ein Schweizer Käse, und ein völlig verschlafenes Zeitalter der Künstlichen Intelligenz.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU hat ein Kompetenzproblem.

Ein drittes Beispiel: Die CDU macht jetzt auf Tempo. Ihr eigenes Versagen kaschieren wollend tun Sie so, als müssten Sie anderer Leute Scherben wegräumen, und das müsse schnell gehen.

So wird dann eilig der gerade abgewählte Bundestag wiederbelebt. Der soll strukturbestimmend in die gesetzgeberische Hoheit des neuen Bundestags eingreifen. Der ganze Buzzauber wird seitens der CDU nur aus einem Kalkül veranstaltet, man müsste im neuen Bundestag mit den Sozialistinnen und Sozialisten von der Linkspartei verhandeln. Pfui Spinne, sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU, das ist ganz offensichtlich, hat ein handfestes Demokratieproblem.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der AfD und DIE LINKE –
Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)*

[...] die CDU behauptet gern und wahrheitswidrig, DIE LINKE würde etwas gegen Verteidigung des Landes haben. Das ist falsch [...] DIE LINKE pocht in Verteidigungsfragen auf die Einhaltung des Grundgesetzes. Im Artikel 87a des Grundgesetzes heißt es: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Es heißt nicht, der Bund stellt Streitkräfte zur Abschreckung auf, und schon gar nicht, der Bund stellt Streitkräfte zur Kriegstüchtigkeit auf. Die Bundeswehr – damit da Klarheit herrscht, weil das immer so in Zweifel gezogen wird mit Blick auf DIE LINKE –, die Bundeswehr muss verteidigungsfähig sein.

[...] Die CDU gibt vor, für Wohlstand einzustehen. Und das tut sie eben nicht, jedenfalls nicht für die ganze Bevölkerung, für einzelne Teile der Bevölkerung.

(Steffi Pulz-Debler, DIE LINKE: Richtig!)

Denn das, was sie plant und was sie auch mittlerweile verschriftet hat, läuft auf die Entrechtung von armen Menschen, von geflüchteten Menschen und von lohnabhängig Beschäftigten hinaus. Und das ist unmenschlich, mit der Axt, das ist unmenschlich.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Und mit der Aktuellen Stunde wollten Sie sich als regierungsfähig präsentieren, tatsächlich, und jetzt komme ich noch einmal zu einem Begriff aus dem Militär, tatsächlich sind sie regierungsuntauglich. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD und DIE LINKE)*

■ Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Die zusätzlichen Mittel dürfen nicht dazu genutzt werden, Klientelpolitik zu betreiben und strukturelle Reformen auf die lange Bank zu schieben.“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Eines der zentralen Wahlversprechen der CDU war, keine neuen Schulden. [...] Wir müssen sparen, lautete ihr Mantra. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Doch urplötzlich nach der Wahl werfen Sie Ihre Prinzipien über Bord und wollen die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben aussetzen und noch dazu ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Investitionen in die Infrastruktur einrichten. Die Begründung für diese abrupte 180-Grad-Wende und die plötzliche Eile im Verfahren überzeugen in keiner Weise, denn die Weltpolitik ist eben nicht über Nacht aus den Fugen geraten.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So siehst aus!)

Auch die Infrastruktur ist eben nicht über Nacht zerbröselt. Die verrottet nun schon seit Jahren, weil Investitionen in die Infrastruktur für die CDU undenkbar waren. [...]

Bei Ihnen, liebe Kolleg/-innen der CDU-Fraktion, wirkt es so, als seien Sie eines Morgens aufgewacht und hätten nach einem Blick aus dem Fenster gemerkt, das Land ist ja tatsächlich marode und wir haben ja tatsächlich eine sicherheitspolitische Bedrohung.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da dachten Sie sich, wenn der Geldhahn schon mal aufgedreht ist, dann können wir wunderbar teure Wahlgeschenke verteilen: [...] Strukturreformen? Fehlangeige!

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Und wenn Sie jetzt an unsere staatspolitische Verantwortung appellieren, dann frage ich Sie: Wo war denn Ihre?!

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen mit Blick auf mögliche Mehrheitsverhältnisse im Bundestag angeboten, noch vor der Bundestagswahl mit uns und der SPD das Grundgesetz zu ändern

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die Schuldenbremse zu reformieren, wollten Sie aber nicht. [...] Friedrich Merz handelt strategisch unklug und ohne Weitsicht.

(René Domke, FDP: Und die GRÜNEN werden trotzdem zustimmen.)

Und die CDU stellt Parteitaktik im Zweifel vor die Interessen des Landes, das wurde mehr als offensichtlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – René Domke, FDP: Und die GRÜNEN werden trotzdem zustimmen.)

Warum Sie nur die Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausnehmen und die Infrastrukturinvestitionen in ein Sondervermögen auslagern wollen, erschließt sich nicht. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem muss sichergestellt sein, dass die vielen Milliarden auch wirklich und ausschließlich für Investitionen in die Infrastruktur und die Verteidigung genutzt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zusätzlichen Mittel dürfen nicht dazu genutzt werden, Klientelpolitik zu betreiben und strukturelle Reformen auf die lange Bank zu schieben. Doch genau das ist eben mit Blick auf die Sondierungsergebnisse von CDU und SPD zu befürchten. Auch inhaltlich sind Ihre Finanzpakete alles andere als zufriedenstellend. Die Verteidigungsausgaben sollten nicht nur für militärisches Gerät ausgegeben werden, sondern auch in den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie in die Cybersicherheit fließen. Effektive Klimaschutzmaßnahmen sucht man zudem vergeblich, doch der Klimawandel pausiert nicht. Deswegen müssen Zukunftsinvestitionen nicht nur in Bildungs-, Betreuungs-, Wissenschafts- und natürlich Verkehrsinfrastruktur fließen, sondern auch in Klimaschutz, Netzausbau und die Dekarbonisierung der Wirtschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles andere käme einer Realitätsverweigerung gleich. [...] Wenn Sie nun von uns staatspolitische Verantwortung einfordern, müssen Sie diese erst einmal selber beweisen und einen zukunftsfähigen Entwurf vorlegen, mit dem die Schuldenbremse nachhaltig reformiert und die bestehenden Strukturprobleme angegangen werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Wer eine verfassungsändernde Mehrheit braucht, muss sich diese eben erst einmal beschaffen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

René Domke, FDP



Foto: Danny Gohlke

[...] Problemen begegnet man weiterhin nicht mit Reformen, sondern man schmeißt sie mit Geld zu [...]. Dieser Staat nimmt 1.000 Milliarden Euro an Steuern ein, [...] und er müsste lernen, mit diesem Geld auch auszukommen – Friedrich Merz vor der Wahl.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] was soll dann passiert sein, danach, dass es diese Kehrtwende braucht?!

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

[...] wäre ein Bundesfinanzminister der FDP mit einem solchen Paket irgendwo erschienen, alle Türen wären zugeschlagen worden. Aber jetzt auf einmal, wo die FDP raus ist, da meint man, die Schleusen öffnen zu können. [...]

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie nehmen den nachfolgenden Generationen jeden Handlungsspielraum

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] jetzt erinnern wir uns doch mal, warum wir überhaupt zur Schuldenbremse gekommen sind [...]

Weil es notwendig war, Prioritäten zu setzen, [...] Reformen anzugehen. Die Schuldenbremse war ein Versprechen der heutigen an die zukünftigen Generationen, ihren finanziellen Spielraum auf dem gleichen Niveau zu belassen [...]. [...] das Verantwortungsbewusstsein ist verloren gegangen. [...]

*(Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich!)*

[...] Sie schaffen Konsumanreize auf Kosten der nachfolgenden Generationen [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Wo sind die großen Reformansätze?

[...]

Sie brauchen Wettbewerbsfähigkeit in der Wirtschaft. Nichts davon finde ich im Sondierungspapier,

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...]

(allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

[...] Dieses Paket braucht es überhaupt gar nicht in dieser Größenordnung.

Bei der Verteidigung, da bin ich bei Ihnen, aber machen Sie sich doch einmal ehrlich: [...] warum ist das 2-Prozent-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts unter die Schuldenbremse zu stellen, warum ist das nie gelungen?! [...] es fehlte [...] an dem Bekenntnis dazu.

[...] und jetzt sind Sie noch nicht mal in der Lage, die zwei Prozent reinzuschreiben, nein, Sie nehmen nur ein Prozent und den Rest wollen Sie wieder mit Schulden finanzieren,

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

und das ist unehrlich [...].

Niemals, [...] wird der Staatshaushalt das, was wir brauchen, umsetzen können.

(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Durch Investitionen.)

Wir müssen Anreize setzen, wir müssen Wettbewerbsfähigkeit schaffen [...]

wir werden es nicht mit den Steuergeldern der Menschen lösen können. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP – Daniel Seiffert,
DIE LINKE: Wo soll der Staat denn sonst Anreize setzen?)*

Und das ist auch falsch, es den Leuten in die Augen zu streuen [...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Glocke der Präsidentin)*

[...] Wir werden ganz schnell darüber reden müssen, weil Sie feststellen werden, das, was Sie jetzt nehmen aus der Schuldenpulle, das wird nicht reichen [...]

(Andreas Butzki, SPD: Antizyklisch arbeiten!)

[...] ich fordere Sie auch auf, bekennen Sie sich zur Schuldenbremse des Landes! Es hatte Sinn, sie einzuführen, denn diese Schuldenbremse bewahrt nachfolgende Generationen davor, was Sie hier nämlich an Ausgaben vorhaben. [...]

*(Rainer Albrecht, SPD: Aber marode
Infrastruktur wollen wir den nachfolgenden
Generationen überlassen, ja?!)*

■ Julian Barlen, SPD



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Der Titel der Aktuellen Stunde: „Verantwortungsvoll investieren und modernisieren – Für Sicherheit und Wohlstand“, okay, da dürfte es wohl niemanden im Mecklenburg-Vorpommern geben, der dem widerspräche.

[...]

Für uns als SPD-Fraktion kann ich sagen, Politik muss lösungsorientiert, sachlich, [...] gedacht und gemacht werden, statt [...] spaltend und faktenfrei. Die Menschen in diesem Land erwarten Lösungen und nicht Krawall.

[...]

Das ist unser Anspruch, das bleibt unser Anspruch. Und das ist auch unser Weg als MV-Koalition von SPD und DIE LINKE mit Manuela Schwesig, mit Simone Oldenburg an der Spitze – zuverlässig, solide, messbar. Das bleibt so und darauf können die Menschen sich in diesem Land verlassen. [...]

Und das [...] ist auch der Modus, mit dem wir jetzt als Landespolitik uns um das kümmern müssen, was unsere Aufgabe als Landespolitik ist, nämlich das Beste [...] das Land Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen. Und da ist einiges zu tun, denn Deutschland steht zweifellos auch nach der Bundestagswahl [...] vor großen Herausforderungen.

[...]

Und da [...] haben die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl entschieden, diese Regierungsbildung in die Hände der Union [...] und mit Blick auf die tatsächlich möglichen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag auch in die Hände der SPD zu legen [...].

Da [...] ist für Mecklenburg-Vorpommern eine wirklich gute Nachricht, dass unsere Ministerpräsidentin Manuela Schwesig für unser Bundesland von Anfang an in den Sondierungen und jetzt auch im weiteren Verfahren am Tisch gegessen hat.

[...]

Herausgekommen [...] bei den Sondierungen sind [...] entscheidende Fortschritte für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern [...]: zunächst einmal ein Finanzpaket, das gleichzeitig Veränderungen in der Sicherheitsarchitektur, einem immens hohen Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich und zusätzlich der Finanzsituation der Länder und Kommunen Rechnung trägt.

Das [...] war hier im Landtag schon oft Thema. Und wir haben schon oft klargemacht, dass gerade die Investitionen betreffend endlich praktisch gehandelt werden muss in Deutschland und nicht länger ideologisch verhindert werden darf. Dieses Finanzpaket [...] ist ein Durchbruch [...] und wird uns in den nächsten Jahren massiv dabei helfen, Wirtschaft, Arbeit, Wohlstand, Konjunktur, Infrastruktur wieder ganz weit nach vorne zu bringen. [...]

Und darüber hinaus [...] sorgen mehr Mindestlohn, ein Tariftreuegesetz auch im Bund, ein stabiles Rentenniveau, eine Einkommensteuerreform [...] dafür, dass Menschen, die hart arbeiten, auch gut davon leben können und auch im Alter nicht in Unsicherheit geraten. Die spürbaren Entlastungen [...] bei den Strompreisen hilft allen Haushalten und sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. [...] Die Rückerstattung beim Agrardiesel für wettbewerbsfähige Bauern, eine neue Offensive im sozialen Wohnungsbau, die Verlängerung der Mietpreisbremse,

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

eine gerechte Einkommensteuerreform zur Entlastung der Mittelschicht, eine höhere Pendlerpauschale für uns als Flächenland, eine dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer auf Speisen auf sieben Prozent, vieles Weitere. Das sind allesamt Themen, die [...] wir schon lange [...] als Koalition, als SPD-Fraktion vorantreiben und übrigens auch gegen Widerstände drangeblieben sind. [...]

Die Aufgaben, die vor uns stehen in Deutschland für Wohlstand, für Frieden, für Demokratie, die sind größer als die Politik einer einzelnen Partei. Und das muss jetzt gelöst und angepackt werden. [...]

Landtag beschließt Novelle des Schulgesetzes

zahlreiche Änderungen des Schulsystems



Digitale Schulunterricht (Foto: nordreport)

Lange wurde im Landtag und im Bildungsausschuss um die Änderungen im Schulgesetz gerungen. Es ging unter anderem um die Digitalisierung der Schulen und die Mitspracherechte von Schülerinnen und Schülern. Während sich die Regierungsfaktionen mit dem Ergebnis zufrieden zeigten, sehen die Oppositionsfaktionen weiteren Änderungsbedarf.

Mit der Verabschiedung der Schulgesetznovelle kommen auf die Schulen in MV zahlreiche Neuerungen zu. Mehr Digitalisierung, mehr berufliche Orientierung, mehr Mitwirkungsrechte für die Schülerinnen und Schüler oder mehr Flexibilisierung für den Übergang der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen, zählte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) auf. Darüber hinaus gebe es nun mehr Planungssicherheit und die Schulen in freier Trägerschaft hätten eine bessere finanzielle Ausstattung. Die Landesregierung lege besonderen Wert auf die Stärkung der Mitwirkungsrechte der Kinder und Jugendlichen, denn demokratische Prinzipien könnten nicht verordnet werden, sie müssten vermittelt, gelebt und vor allem vorgelebt werden.

Erstmals seien die Organisationsformen des Lernens in das Schulgesetz aufgenommen worden. „Selbstverständlich bleibt der Präsenzunterricht die

grundsätzliche Unterrichtsform, aber sehr wohl wird ab dem kommenden Schuljahr digital gestütztes Lernen ermöglicht“, sagte die Ministerin. Ebenfalls erstmals sei auch der Übergang von der Orientierungsstufe in das Gymnasium verbindlich geregelt worden. Damit sei ein großer Brocken von Bürokratie aus dem Weg geräumt worden. „Denn die Schullaufbahnpflicht muss künftig nicht mehr umfangreich geschrieben und begründet werden. Sie erfolgt mündlich.“

Die Novelle hat laut **Enrico Schult** (AfD) richtige Ansatzpunkte. Dazu gehörten die Regelungen zum digitalen Lernen, zur digitalen Landesschule oder die Finanzierung der Privatschulen. Doch bei den substantiellen Dingen bleibe die Novelle hinter dem Erforderlichen zurück. Die Bestandssicherung werde nicht nur für die Grund- und die Regionalschulen gebraucht, sie müsse auch auf die Berufsschulen ausgewei-

tet werden. Deshalb forderte Schult die Absenkung der Schülermindestzahlen in Berufsschulen von 20 auf 15. „Gerade die Berufsschulen stehen vor schwierigen Zeiten, und auch da benötigen sie die Planungssicherheit.“

Es sei das Ziel der AfD, die Regionalschulen zu stärken. Deshalb forderte Schult bei der Schullaufbahnpflicht die Absenkung des Notendurchschnitts bei den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch von 2,5 auf 2,0. Die stärksten Schüler sollten aufs Gymnasium wechseln, starke Schüler sollten aber auch auf den Regionalschulen bleiben. Schult kritisierte die Regelung, dass bereits Dritt- und Viertklässler in der Schulkonferenz sitzen und sich einbringen sollen. Da säßen dann Neun- oder Zehnjährige, die nun gegenüber den Erwachsenen das Wort erheben sollen. Für Schult ist das eine Art „Demokratiesimulation“.

Der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz** beanstandete, dass statt einer großen Novelle am Ende lediglich formelle, redaktionelle oder teilweise notwendige rechtliche Änderungen auf den Weg gebracht worden seien. Er stellte

die Feststellung Oldenburgs in Frage, dass keine Schulen mehr geschlossen werden sollen. Vom Jahr 2020 bis 2025 seien wegen steigender Schülerzahlen gar keine Schulen mehr geschlossen worden. Von 2025 bis 2030 würden die Zahlen wieder auf das Niveau von 2020 sinken. „Es ergibt sich gar kein Handlungsbedarf. Es stehen keine Schließungen an.“

Auch Renz kritisierte die in der Novelle verankerte Schullaufbahnpflicht. Nach dieser müsse im Zeugnis in den drei Kernfächern mindestens die Note Vier stehen, allerdings könne beim Vorliegen außergewöhnlicher Bedingungen davon abgewichen werden. „Da fällt einem schon fast nichts mehr zu ein“, sagte Renz. Er verwies auf den Änderungsantrag der CDU, nach der auch keine Vier im Zeugnis stehen dürfe, wenn Schülerinnen oder Schüler aufs Gymnasium wechseln wollen.

Mit der Novelle ist nach Worten von **Nadine Julitz** (SPD) die Grundlage dafür geschaffen worden, auf viele Herausforderungen im Bereich Bildung eingehen zu können. So werden kleinere Schulen im ländlichen Raum gestärkt, um Kindern nicht noch längere Schulwege zumuten. Die Mindestgrößen für neue Schulklassen seien verkleinert worden, um alle Schulstandorte zu erhalten. Ein Fortschritt sei auch, dass mit der neu eingeführten digitalen Landesschule der Unterricht in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch abgesichert wird. Schülerinnen und Schüler könnten bei Unterrichtsausfall zuverlässig digital unterrichtet werden. „Zudem können wir Zielgruppen spezifische Förderangebote und Zusatzangebote bereithalten.“

Gleichzeitig werde die Aufhebung der Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen flexibilisiert. Den Landkreisen und kreisfreien Städten müsse ein individuelles Vorgehen bei der Aufhebung dieser Schulen ermöglicht werden. Diese Förderschulen seien nicht bis zum 31. Juli 2027, sondern spätestens bis zum 31. Juli 2030 aufzuheben, erklärte Julitz. „Unser Ziel ist ein starkes, gerechtes Bildungssystem für alle. Mit diesem Gesetz sichern wir Schulstandorte, stärken die Mitbestimmung und sichern den Unterricht an unseren Schulen besser ab.“

Es sei ein wichtiges Signal an die jungen Menschen, dass die Landesregierung die Novelle nach der Anhörung noch nachgebessert hat, sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Insbesondere Grundschülerinnen und -schüler könnten nun besser und aktiver durch ihre Lehrkräfte begleitet werden. „Gleichzeitig handelt es sich jedoch vor allem um schrittweise Änderungen, die mir viel zu langsam vorangehen“, betonte Wegner. Ihr fehlten weitreichende Reformen auf dem Weg zu einer guten Schule. „Mit Klein-Klein und Kleckerkram kommen wir nicht weiter. Es braucht grundlegende Reformen, es braucht einen großen Wurf.“

So könne die Inklusion nur gelingen, wenn alle Akteurinnen und Akteure zusammenarbeiten. Wegner verwies auf die integrierte Gesamtschule „Walter Karbe“ in Neustrelitz. Dort bestünden bei einem Fünftel der 485 Schülerinnen und Schüler sonderpädagogische und pädagogische Förderbedarfe. „Es ist möglich, diese Kinder zu inkludieren“, betonte Wegner. Dafür müssten die Voraussetzungen geschaffen werden. „Kinder haben in diesem Land keine Lobby“, bedauerte sie.

„Vor allem in ländlichen Regionen sind Schulen nicht nur ein Ort des Lernens, sie sind ein sozialer Ankerpunkt. Sie sind oft das Herz der Gemeinschaft“, betonte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**. Sie seien auch ein gewichtiger Grund, warum Familien sich für einen Wohnort entscheiden. „Deshalb erhalten wir die kleinen Schulen, auch wenn die Schülerzahlen sinken.“ So seien die Mindestschülerzahlen für Grundschulen auf 15 abgesenkt worden. „Zudem wird ein genereller Stopp von Schulschließungen bis 2030 verankert.“

Rösler erinnerte an die Corona-Pandemie, die die digitalen Defizite der Schulen und die unterschiedlichen und ungleichen Bedingungen für viele Kinder schonungslos offengelegt habe. Während die einen ganz problemlos an Videokonferenzen teilnehmen konnten, hätten andere noch keine Laptops oder Tablets gehabt. „Hier hat sich in den letzten Jahren eine ganze Menge getan.“ Rösler verwies darauf, dass die

Novelle digitale Lehrwerke und digitale Lernprogramme als festen Bestandteil des Unterrichts verankere. Die Änderungen im Schulgesetz würden nun dabei helfen, die digitale Bildung sinnvoll umzusetzen.

„Dieses Gesetz lässt doch noch eine ganze Menge Fragen offen“, sagte die FDP-Abgeordnete **Barbara Becker-Hornickel**.

Sie erwarte eine durchdachte Zukunftsvision und ein Konzept für die digitale Landesschule. „Das ist noch nicht richtig zu erkennen.“ Die digitale Landesschule sei ein Baustein, um das Bildungssystem auch im 21. Jahrhundert ankommen zu lassen. Damit könnten die Kinder und Jugendlichen fit für die Welt von morgen gemacht werden. So könnten die Bildungsangebote auch in strukturschwächeren Regionen übermittelt werden. „Allerdings muss digitaler Unterricht medienpädagogisch und didaktisch angemessen sein. Eine bloße Bereitstellung von Infrastruktur reicht uns nicht aus“, betonte Becker-Hornickel.

Die FDP-Politikerin forderte von der Landesregierung ein tragfähiges Vorgehen, den ländlichen Raum für Lehrkräfte attraktiv zu machen und so Anreize zu schaffen, dass diese sich dort niederlassen. „Lehrkräfte sollen so motiviert werden, langfristig vor Ort zu bleiben und mit Begeisterung ihrem Beruf, der idealerweise auch Berufung darstellt, nachzugehen.“ Gleichzeitig kritisierte Becker-Hornickel, dass bei der Inklusion zu wenig Fortschritte gemacht worden seien. „Es fehlt bisher wirklich an fast allem.“

Der Antrag der Regierungsfractionen wurde bei Zustimmung von SPD und DIE LINKE, Gegenstimmen der CDU sowie Stimmenthaltung von AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Antrag von SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/4261 – Drucksache 8/4652 –

Was steht in diesem Gesetzentwurf?



Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes“ ist die erste Novelle des Schulgesetzes in dieser Wahlperiode. Unter anderem werden folgende Themenbereiche aufgegriffen:

- **Verankerung der Digitalen Landesschule und Definition der Organisationsformen des Lernens**
- **Aufnahme der Digitalisierungsstrategie im Schulgesetz**
- **Sicherung des Schulnetzes durch die Senkung der Schülermindestzahlen (Erhalt kleiner Schulen auf dem Land)**
- **Ausweitung der Mitwirkungsrechte: beratende Mitarbeit und Stimme von Grundschülerinnen und Grundschülern der Jahrgangsstufen 3 und 4 und Herabsetzung der stimmberechtigten Mitglieder von Schulkonferenzen von der Jahrgangsstufe 7 auf 5**
- **Neuregelung der Privatschulfinanzierung**

Der Bildungsausschuss hat am 16. Januar 25 eine öffentliche Anhörung mit 15 Anzuhörenden über diese Novelle des Schulgesetzes durchgeführt. Die Anzuhörenden haben vieles begrüßt, aber auch Kritik und Nachbesserungsbedarfe artikuliert.

Debatte über Härtefallfonds für Krankenhäuser

Antrag zur Finanzierung der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern

Mit dem am 1. Januar 2025 in Kraft getretenen Krankenhaus-versorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) wurde eine grundlegende Reform der Krankenhausvergütung bei besserer Versorgungsqualität angeschoben. Maßnahmen wie der Transformationsfonds greifen aber nicht sofort. Kurzfristig könnten dadurch Finanzlücken entstehen. Ein Antrag der AfD schlug darum vor, mit einem Härtefallfonds von 15 Millionen Euro Liquiditätsprobleme der Krankenhäuser zu überbrücken. Die Fraktion bemängelte auch die fehlende Analyse der Auswirkungen des KHVVG. Diese solle die Landesregierung bis Ende des ersten Quartals 2025 erstellen und zusätzlich im zweiten Quartal einen Krankenhausplan vorlegen. Obwohl nicht alle Fraktionen mit dem KHVVG zufrieden waren, konnten sie der Argumentation der AfD nicht folgen und lehnten den Antrag ab.

Die Zukunft der Krankenhäuser des Landes sei ein „drängendes Problem“, bei dem es nicht nur um Defizite und Finanzen gehe, sondern in erster Linie um Menschen, begründete **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) den Antrag seiner Fraktion. Die Landesregierung „wiegelt ab, vertröstet“ und lobe das KHVVG im Vertrauen darauf, bis 2027 für jedes Krankenhaus die „bestmöglichen Lösungen“ gefunden zu haben. In der Zwischenzeit würden Kliniken Insolvenz anmelden, fürchtete der Abgeordnete. Darum fordere die AfD einen Härtefallfonds als Brückenfinanzierung. Das Geld hierfür sei vorhanden, wenn „Prioritäten einfach anders gesetzt“ würden. Darüber hinaus müssten alle Ausnahmeregelungen des KHVVG genutzt werden, damit die Krankenhäuser „jetzt“ Planungssicherheit bekämen. Dazu gehörten auch eine Analyse der Auswirkungen des Gesetzes sowie ein Landeskrankenhausplan.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) begrüßte die Debatte zur Krankenhausreform, da dadurch „der Prozess so transparent wie möglich“ gestaltet werden könne. Sie kenne die finanzielle Situation der Krankenhäuser aus intensiver persönlicher Kommunikation mit den Einrichtungen. Genau deshalb sei die Krankenhausreform wichtig, beharrte die Ministerin. Denn „ohne Reform keine zusätzlichen Mittel“ und deshalb erhielten Kliniken „bereits ab diesem Jahr Zuschläge und erhöhte Finanzmittel“ bevor dann der Transformationsfonds gelte. Sollte ein Krankenhaus „in Schieflage“ geraten, helfe das Land „passgenau, nachhaltig und zukunftsorientiert und nicht mit einem pauschalen Fonds“. Stefanie Drese gab zu, die Reform sei „kein einfacher“, aber ein „gangbarer und ausbaufähiger Weg“. Hinsichtlich eines Krankenhausplans laufen die Arbeiten, was nicht nur Zeit brauche, sondern die Krankenhäuser müssen auch „realistische und tragfähige Konzepte“ zuarbeiten.

Hintergrundinformationen zur Debatte:

Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern

Im Krankenhausplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind aktuell 37 Krankenhäuser an 74 Standorten – inklusive der Tageskliniken – mit 10.226 Betten und 1.613 Tagesklinikplätzen entsprechend der Fachrichtung verzeichnet.

KHVVG – die Krankenhaus-Reform

Das KHVVG – die Krankenhaus-Reform - ist ein Bundesgesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität und Vergütungsstrukturen in diesem Bereich. Diese Reform ist im Dezember 2024 in Kraft getreten und stellt die größte Reform seit Jahrzehnten in diesem Bereich dar und verfolgt das Ziel, die Verbesserung der Behandlungsqualität und Finanzierung der Krankenhäuser sicherzustellen.

Auswirkung der Reform auf Mecklenburg-Vorpommern

Bereits ab diesem Jahr erhalten Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern Zuschläge und erhöhte Finanzmittel, z.B. für die Geburtshilfe sowie um 25 Prozent erhöhte Sicherstellungszuschläge. Ebenso werden die Tarifsteigerungen automatisch refinanziert, was einem Volumen von rund 24 Millionen Euro entspricht. Hinzu kommt die Anpassung des neuen Landesbasisfallwertes, mit dem aktuelle Härten der Krankenhausfinanzierung abgedeckt werden. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 25 Kliniken und damit fast 70 Prozent der Krankenhäuser, die einen höheren Sicherstellungszuschlag erhalten.

Umsetzung der Reform – Landeskrankenhausgesetzes – LKHG

Zur schrittweisen Umsetzung Krankenhausreform in Mecklenburg-Vorpommern ist zum Beispiel eine kommunale Krankenhauskonferenz eingerichtet worden. Die Landesregierung strebt hinsichtlich der neuen Bundesgesetzgebung eine Reform des Landeskrankenhausgesetzes – LKHG für das Jahr 2025 an.

Die bundesweit „schlechte“ finanzielle Lage der Krankenhäuser sei kein Geheimnis, bestätigte **Katy Hoffmeister** (CDU). Ein „wesentlicher Grund“ dafür liege in den steigenden Kosten sowie der „unzureichenden Refinanzierung“. Aus ihren Gesprächen vor Ort resultiere ihre „Skepsis“ gegenüber der Krankenhausreform. Sie „wird die Probleme nicht lösen“, mahnte die Abgeordnete. Daher habe die CDU vergangenes Jahr für Nachbesserungen im Vermittlungsausschuss plädiert. Ein weiteres Problem bestünde in der möglichen Verfassungswidrigkeit des Transformationsfonds. „Geordnete Überbrückungshilfen“ blieben somit unverzichtbar, damit die Krankenhäuser die Reform „in welcher Form auch immer“ überleben. Katy Hoffmeister plädierte für eine Vorhaltefinanzierung, unabhängig von Fallzahlen und „eine Auswirkungsanalyse, die ihren Namen verdient“. Den AfD-Antrag lehne ihre Fraktion ab.

Die Notwendigkeit der Krankenhausreform „war und ist unbestritten“, daran ließ **Torsten Koplin** (DIE LINKE) keinen Zweifel. Hingegen werde „der Prozess“ der Implementierung „unterschiedlich interpretiert und bewertet“. Nach Ansicht seiner Fraktion brauche es eine Übergangsförderung bis zum Jahr 2028. „Gut und richtig“ umgesetzt wurde, die Transformationskosten nicht zulasten der gesetzlich Versicherten, sondern aus Steuermitteln zu finanzieren. „Grundsätzlich“ sei es aber „höchste Zeit für einen Systemwechsel“ in der Gesundheitspolitik, der den ökonomischen Druck von den Krankenhäusern nimmt – ein „zentrales Ziel“ der Reform, unterstrich Torsten Koplin. Die Vorschläge der AfD halte DIE LINKE „für unbrauchbar“, da sie auf einer „verzerrten Analyse“ beruhten. Die Höhe des zitierten finanziellen Defizits der Krankenhäuser in MV finde sich nicht in der Realität wieder. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lobte die hohe Leistungsfähigkeit deutscher Krankenhäuser. Zudem verfüge Deutschland über die weltweit „zweithöchste Krankenhausedichte“, was in entsprechenden Kosten münde. Hinzu kämen „unnötigerweise stationär

erbrachte“ Leistungen. „Jahrzehntelange Reformträgheit“ stelle eine weitere „Teilursache der wachsenden Defizite“ dar. Die Denkweise der AfD, dem mit individuellen Verträgen zwischen Kliniken und Krankenkassen zu begegnen, lehnte der Abgeordnete klar ab. So wurde in MV nach der Wende gearbeitet und verursachte „die schlechteste Finanzierung in ganz Deutschland“. Seine Fraktion halte die Vorschläge der AfD obendrein „strukturell und zeitlich“ für „untauglich“. Im Gegensatz dazu müssen jetzt die Leistungsgruppenvereinbarungen zügig umgesetzt werden, damit die Transformationsfinanzierung planungssicher einsetze, erklärte Dr. Harald Terpe der AfD.

Barbara Becker-Hornickel (FDP) bezeichnete die finanzielle Situation der Krankenhauslandschaft als „teils prekär“. Auch wenn die Auswirkungen der Reform noch nicht „vollständig absehbar“ seien, trage ihre Fraktion den AfD-Antrag nicht mit. Denn der vorgeschlagene Härtefallfonds solle Liquiditätsprobleme ausgleichen, bis der Transformationsfonds anlaufe. Letzterer decke jedoch Investitionen und keine Liquiditätshilfen ab. Barbara Becker-Hornickel erwartete, dass sich die finanzielle Situation nach der Krankenhausreform verbessere. Ebenso sehe die FDP die Landesregierung in der Verantwortung, alle Krankenhausstandorte im Land zu erhalten.

„Pauschal“ staatliche Hilfen zu verteilen, wie von der AfD vorgeschlagen, ohne sich mit den Umständen in einer Klinik auseinanderzusetzen oder mit Zuwendungskriterien und mit klar definierten Entwicklungszielen zu verknüpfen, „ist nicht hilfreich“.

Ihre Fraktion lehne die „düstere Schwarzmalerei“ der AfD und deren Antrag ab, stellte **Christine Klingohr** (SPD) ihrer Rede voran. Die Krankenhausreform sei ein „zentrales Fortschrittsprojekt“ des Bundes und „lange überfällig“. Denn kein Land in Europa wende mehr Geld für Gesundheit auf wie Deutschland, liege aber hinsichtlich der Qualität im Mittelfeld. Doch ein Härtefallfonds wirke dem nicht entgegen. Da jede Klinik anders arbeite, befürworte die SPD, bei Bedarf „maßgeschneiderte Lösungen“

je nach Standort zu erarbeiten. Die Abgeordnete verwies auf das engagierte Verhandeln der Landesregierung beim KHVG. Dadurch erhielten 70 Prozent der Kliniken in MV den Status als „Sicherstellungskrankenhaus“ mit zusätzlichen Finanzen. Die Kosten von Tarifsteigerungen werden rückwirkend ab 2024 refinanziert, der Landesbasisfallwert angehoben und Ausnahmen von Strukturvorgaben des KHVG ermöglicht. „Es geht nun darum, die Reform gut und solide umzusetzen“, schloss Christine Klingohr.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) bedauerte, in der Debatte lediglich die

„altbekannten Ausreden“ gehört zu haben, während die Krankenhäuser „Tag für Tag tiefer in die Krise rutschen“. Wenn Ministerin Drese bei der Bereitstellung zusätzlicher Millionen für die Kliniken von einem „starken Signal“ spreche, dann erkenne er darin nicht mehr als einen „Tropfen auf dem heißen Stein“. Das reiche nicht einmal zur Kompensation der inflationsbedingten Mehrkosten. Thomas de Jesus Fernandes entgegnete auf das Kostenargument, dass es nicht an Geld fehle, sondern „an der politischen Prioritätensetzung“. Statt 290 Millionen Euro jährlich für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten auszugeben, wäre den Bürgern im Land mit die-

ser Summe besser geholfen. Auch auf langfristige Besserung zu hoffen, hielt der Abgeordnete für einen Trugschluss und fragte was denn bis 2027 passiere. Darum appellierte er an seine Kollegen, „ideologische Scheuklappen“ abzulegen und dem Antrag zuzustimmen.

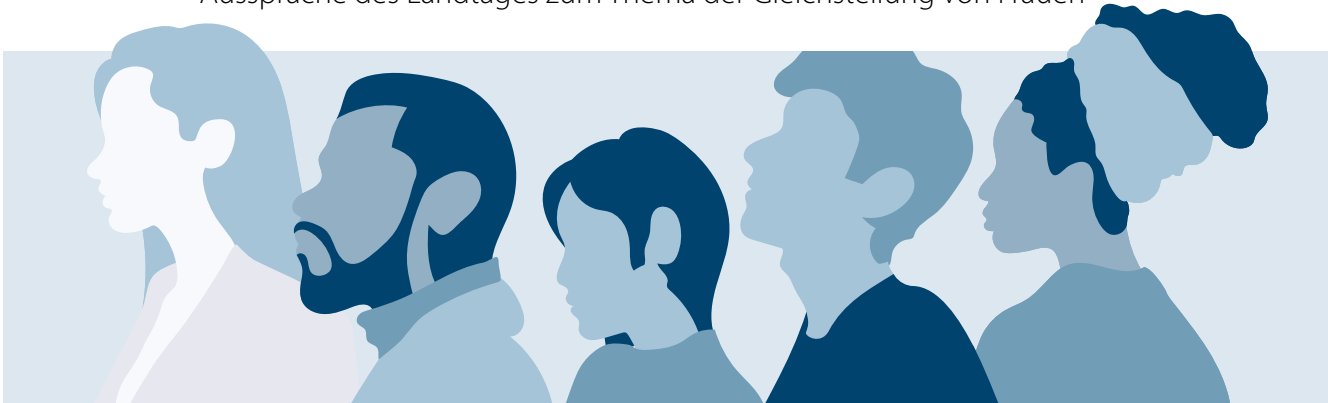
Mit den Gegenstimmen aller Fraktionen außer der AfD wurde der Antrag abgewiesen.

*Antrag AfD
Drucksache 8/4520*

*Beschluss:
Ablehnung des Antrages*

Gleiche Chancen für Frauen

Aussprache des Landtages zum Thema der Gleichstellung von Frauen



Die Gleichstellung von Frau und Mann ist in Deutschland ein verbürgtes Grundrecht. Viele Programme und Initiativen für Frauen zeugen von den Bemühungen um eine Gleichberechtigung der Geschlechter. Dennoch bereiten der SPD aktuelle konservative Tendenzen Sorge, die den über Jahrzehnte erkämpften Fortschritt zunichtemachen könnten. In einer Aussprache im Landtag richtete die Fraktion an alle Parlamentarier, die Gleichstellung von Frauen „konsequent voranzubringen“ und die „weibliche Perspektive“ zu einem selbstverständlichen wie integralen Bestandteil unserer Gesellschaft zu machen, damit jeder Tag ein Frauentag sei.

Die Aufnahme der Gleichberechtigung in Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes sei kein Selbstläufer gewesen, sondern vor 75 Jahren von Frauen selbst „erstritten“ worden, betonte **Mandy Pfeifer** (SPD). Die heutige Einbindung von Frauen in Beruf und Politik scheine zu beweisen, dass ihnen in Deutschland keine Grenzen gesetzt seien. Doch die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs wurde noch immer „nicht geschafft“, mahnte die Abgeord-

nete. Auch bereiteten ihr zunehmende Berichte über häusliche Gewalt gegen Frauen Sorge. Es beunruhige sie, dass Deutschland „nach rechts gerückt“ sei und wie sich das auf die Frauenrechte auswirken werde. „Wir dürfen Frauen und ihre sich aktuell verändernde Situation nicht aus dem Blick verlieren“, unterstrich Mandy Pfeifer. Sie gab zu, skeptisch gewesen zu sein, den 8. März als Feiertag einzuführen. Aber sie erlebe, dass Frauen rund um diesen Tag

„sehr bewusst zusammenkommen, sich schätzen, sich einander zuhören“. Die „Frauensolidarität wächst“, freute sich die Politikerin und rief den Frauen zu: „Bildet Banden! Jetzt ist die Zeit.“

Es sei für sie ein „besonderer Tag“ und „Meilenstein“ gewesen, als sie das Gesetz für den 8. März als Feiertag unterschrieben habe, erinnerte sich Justizministerin **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Allen Versuchen, ihn wieder abzuschaffen, erteile die Regierungskoalition „eine klare Absage“. Es mache sie „stolz“, in der „einzig paritätisch besetzten Landesregierung mit einer Ministerpräsidentin an der Spitze mitwirken zu dürfen“. Es brauche noch viel Unterstützung für Frauen, damit sie „den Weg in die Politik“ fänden, resümierte Jacqueline Bernhardt. Dass sie dort gebraucht würden, stünde außer Frage, denn

Frauen fungierten „als Katalysatoren für Veränderung“, die neue Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einbrächten. Die Landesregierung sehe Gleichstellung als eine „Querschnittsaufgabe“. Darum erarbeite sie in einem breiten Beteiligungsprozess ein „gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm“. Denn die Förderung der Gleichstellung „ist für uns 365 Tage im Jahr Auftrag“, versicherte die Ministerin.

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, zitierte **Petra Federau** (AfD) das Grundgesetz. Es schreibe eindeutig fest, dass Mann und Frau gleichberechtigt seien. „Damit ist eigentlich schon alles gesagt“, schlussfolgerte die Abgeordnete und setzte mit einer Kritik an dem im November 2024 eingeführten Gesetz zur sexuellen Selbstbestimmung fort. Demnach können Personen ihren Vornamen und ihr Geschlecht jährlich wechseln. Das ermögliche ein „taktisches“ Wechseln, um von „jeweils neuen Vorschriften zu profitieren“. Darum wollte Petra Federau wissen, ob die SPD in ihrem Bestreben, „die Gleichstellung der Frau konsequent voranzubringen“, auch die Wehrpflicht für Mädchen und Frauen fordere. Denn es sei kein Witz, sondern „abartig“, wenn deutsche Panzer nun extra „Schwangerentauglich“ gemacht werden. Stelle sich die SPD so Gleichstellung vor, wunderte sich die Abgeordnete. Bedenklich seien auch Quoten, die das Geschlecht der Qualifikation vorzögen. Oder dass die Stelle des Gleichstellungsbeauftragten einer Frau, die von Frauen gewählt, vorbehalten bliebe - eigentlich unvereinbar mit der deutschen Rechtsordnung.

Christiane Berg (CDU) räumte ein, dass die Gleichberechtigung „trotz sehr vieler Errungenschaften“ in Deutschland „noch nicht vollständig erreicht“ wurde. Aber ein gesetzlicher Feiertag ändere weder „die Realität“ noch „die Strukturen, in denen Frauen benachteiligt werden“. Ein freier Tag sichere keine gleichen Löhne, die gerechte Aufteilung der Sorgearbeit oder die Repräsentanz von Frauen in hohen Positionen. Der Ansatz der CDU sei daher ein anderer und konzentriere sich auf „konkrete Maßnahmen“ mit Wirkkraft, erklärte Christiane Berg. Das bedeute eine Politik, die Frauen „in den

Mittelpunkt stellt“ und die Leistungen der Frauen gleichberechtigt, zu denen der Männer anerkenne und vergüte. Auch gehe es um flexible Arbeitszeitmodelle und „eine Kultur, die Karrieren von Frauen begrüßt, unterstützt und sie fördert, ohne sie mit Quoten vorzuschreiben“. Auf keinen Fall wolle die CDU „unnütze Feiertagssymbole“, die der Ministerpräsidentin als jährliche PR-Kampagne dienen. Dies sei schon deshalb „absurd“, weil die Regierungsbank nur durch die beiden Ministerinnen der Partei DIE LINKE Parität habe.

Elke-Annette Schmidt (DIE LINKE) zollte allen Frauen Anerkennung. Denn „alle Frauen tragen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entscheidend zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung“ bei und hielten „salopp“ gesagt, „den Laden am Laufen“. Deshalb „sollen und müssen“ Frauen an jedem Tag geschätzt werden und darum „ist jeder Tag Frauentag“. Auch wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen existierten, habe eine „patriarchalisch geprägte Geschichte“ mit „stereotypen Rollenbildern“ und entsprechenden gesellschaftlichen Normen eine „tatsächliche Gleichstellung“ bislang verhindert. Frauen werden mit ihren Leistungen weniger wahrgenommen und stießen an „sogenannte gläserne Decken“, die vorgaukelten, der Weg nach oben sei frei. Die Folge seien Verdienstunterschiede, soziale Tätigkeiten und weniger Vollbeschäftigung. „Teilzeit ist eben weiblich“, untermauerte die Abgeordnete, genauso wie Altersarmut. Gleichstellung gelinge nur, wenn sie als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ mit den entsprechenden Rahmenbedingungen wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie verstanden werde.

Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedauerte, dass der SPD „bei aller verbal ausgedrückten Solidarität“ eine Aussprache zum Thema reiche. Das spreche für sich. Dabei komme die Gleichstellung der Geschlechter „nicht von allein“. Sie müsse aktiv gewollt sein, damit „die Abkehr von Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit gelingt“ und Frauen ein selbstbestimmtes Leben bei voller Entfaltung ihres Potenzials ermöglicht werde.

Da Frauen die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, „aber noch weit von der Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt“ seien, befürwortete BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen. Weiterhin wolle die Fraktion „eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit“ sowie eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Selbstbestimmung über den eigenen Körper sei „ein Grundrecht, das für alle gelten muss“. Das schließe das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen ein. Abschließend forderte Constanze Oehrich die „vollständige und vorbehaltlose“ Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt.

Die im Grundgesetz verbriefte Gleichberechtigung von Frauen und Männern sollte doch eine Selbstverständlichkeit sein, dachte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). „Aber weit gefehlt“, stellte sie fest. Das fange bei unterschiedlichen Spielsachen für Mädchen und Jungen an und setze sich beim geringen Anteil von Frauen in MINT-Berufen fort. Bis heute werde Frauen das Recht vorenthalten, über ihren eigenen Körper zu entscheiden. „Ich sage ganz deutlich: Paragraph 218 muss weg“, verlangte die Abgeordnete. Was Frauen bewältigt haben, zeigte sich in und nach Kriegen. Sie übernahmen die Arbeit der Männer, zogen Kinder allein auf und ertrugen „unendliches Leid“ durch Zerstörung oder auf der Flucht. Nach dem Krieg räumten sie die Trümmer weg und schulterten Verantwortung. Doch kaum war der Wiederaufbau geschafft, wurden sie „wieder an den Rand gedrängt“. Frauen stießen „nach wie vor“ auf Widerstände, wenn sie in Führungspositionen vordringen oder Freiräume einfordern, „weil sie das ganze Leben wollen“. Es müsse gelingen, verdeutlichte Barbara Becker-Hornickel, dass Chancengerechtigkeit nicht nur in Krisenzeiten gefragt sei.

Antrag SPD

Beschluss:

Es fand eine Aussprache statt.

LKW-Führerscheine für die Feuerwehren

Antrag zur Förderung des Führerscheinerwerbs

In MV sind nach Angaben der CDU-Fraktion mehr als 26.100 Frauen und Männer aktiv bei den Freiwilligen Feuerwehren engagiert. Sie sind in über 900 Verbänden organisiert. Doch wie in fast jedem Bereich der Gesellschaft ist auch hier der demographische Wandel zu spüren. Das zeigt sich unter anderem darin, dass es immer weniger Feuerwehrleute mit einem LKW-Führerschein gibt.

Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren beim Erwerb eines Lkw-Führerscheins zu unterstützen. Hintergrund sei, dass mehr als die Hälfte der Fahrzeuge mehr als 7,5 Tonnen wiegt und diese nur mit einem LKW-Führerschein gefahren werden dürfen, sagte **Marc Reinhardt** (CDU). Zu DDR-Zeiten und später auch bei der Bundeswehr oder im Katastrophenschutz hätten die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren die Fahrerlaubnisse noch sehr günstig erwerben können. „Viele von denen sind nun bald in ihrem wohlverdienten Feuerwehrhustand.“ Viele Mitglieder, die im Besitz eines LKW-Führerscheins sind, arbeiten in der Regel unter der Woche nicht am Ort ihrer Feuerwehrwache und sind deshalb vor allem tagsüber kaum verfügbar. Das führe zum Teil heute schon zu Schwierigkeiten bei der Tageseinsatzbereitschaft, in Zukunft seien aber große Probleme zu erwarten.

Die Kosten zwischen 5.000 und 7.000 Euro für den Erwerb eines LKW-Führerscheins führten bei den Kameraden und den Gemeinden zur Überforderung. Mit dem Programm der CDU sollen jährlich 150 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren mit insgesamt 375.000 Euro beim Erwerb der Fahrerlaubnis unterstützt werden, sagte Reinhardt. Dabei würden die Betroffenen selbst beziehungsweise die Gemeinden die Hälfte der Kosten aufbringen.



Foto: nordreport

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) lehnte den Antrag der CDU ab. „Feuerwehren sind die originärste Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis der Kommunen, Gemeinden und Städte unseres Landes. Das ist deren originärster Job.“ Es gebe das klare Bekenntnis, dass die Feuerwehren eine ganz zentrale Aufgabe erfüllen. Es gebe Investitionen, die so mächtig sind, dass sie von den meisten Gemeinden und Städten gar nicht alleine bewältigt werden können. „Dann helfen wir bei diesen großen Beträgen. Wir helfen als Land bei einer fremden, nämlich der originären Pflichtaufgabe der Gemeinden, weil wir sonst Ihre Überforderung befürchten müssen.“

Pegel verwies auf die mehr als 51 Millionen Euro im Paket der zukunftsfähigen Feuerwehren für die Beschaffung von mehr als 310 Feuerwehrfahrzeugen. Die Kommunen hätten sich zwar beteiligt, aber das Land habe relativ hohe Fördersätze gewährt. Zudem habe MV im Jahr 2023 weitere 50 Millionen Euro für den Bau von Feuerwehrgerätehäusern bereitgestellt. Die Kosten für den Erwerb eines LKW-Führerscheins seien im Vergleich zu diesen großen Investitionen überschaubar. Zudem gebe es

vorausschauende Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die regelmäßig in ihren Haushalten die Möglichkeiten für den Erwerb von Führerscheinen darstellen.

„Unsere Feuerwehren haben mit argen Personalsorgen zu kämpfen“, erklärte **Enrico Schult** (AfD). Viele Kameraden hätten gar nicht mehr die Befähigung oder den Führerschein, um diese großen LKW zu führen. Deshalb stimme seine Partei dem CDU-Antrag zu, im Landeshaushalt einen Zuschuss von 375.000 Euro für den Erwerb eines LKW-Führerscheins einzuplanen. Schult kritisierte, dass den Kommunen und den Feuerwehren immer mehr aufgebürdet werde. So seien die Wehren auch für den Schutz der zunehmenden Zahl von Windkraftanlagen zuständig. „Die Einsatzkräfte der Feuerwehren müssen dementsprechend auch ausgestattet werden.“

Schult schlug vor, dass an der Landesfeuerweherschule in Malchow zweiwöchige Kompaktkurse für den Erwerb des Feuerwehrführerscheins angeboten werden. Gleichzeitig sollte diese Fahrerlaubnis, mit der Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen Gewicht gefahren werden

dürfen, auf zwölf Tonnen ausgeweitet werden. Dann würde dafür kein besonderer LKW-Führerschein benötigt. Damit könnte den rund 900 Freiwilligen Feuerwehren geholfen werden. Er plädierte darauf, die bestehenden Regelungen nicht so restriktiv zu handhaben und damit den Wehren entgegenzukommen.

Die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren könne nicht hoch genug eingeschätzt werden, betonte **Dirk Bruhn** (DIE LINKE). „Sie geben Sicherheit, sie helfen professionell in schwersten Lagen und sie sind in vielen Kommunen ein integraler Bestandteil der Gemeinschaft.“ Ihr Bestand und ihre Ausstattung würden daher auch nicht dem Zufall überlassen. Das Brandschutz- und Hilfsleistungsgesetz regele klar die Aufgaben und Zuständigkeiten zum Erhalt des funktionierenden Feuerwehernetzwerkes. Wie Innenminister Pegel verwies Bruhn auf den Passus, dass die Gemeinden die Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes und technische Hilfsleistungen sicherstellen müssen.

„Ich sehe keinen Anlass zur Sorge, dass die Gemeinden diese Aufgabe im Rahmen der Selbstversorgung vernachlässigen würden“, betonte Bruhn. Vielmehr vertraue er darauf, dass die Gemeinden sie trotz aller Schwierigkeiten, die mit deren Erledigung verbunden sind, erfüllen. „Das Land stiehlt sich nicht aus der Verantwortung. Das wollen wir nicht und das werden wir auch nicht tun!“ Das Land werde aber auch nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen.

Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlich**, sagte, dass die Landesregierung mit einem 50 Millionen Euro Programm die Fahrzeugausstattung der Freiwilligen Feuerwehren verbessert habe. „Wenn man schon ein solches Programm auflegt, muss man auch dafür sorgen, dass es jemanden gibt, der diese Fahrzeuge auch fahren kann.“ Oehlich berichtete aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, dass es dort immer weniger Menschen gebe, die über einen solchen Führerschein verfügten. Die Führerscheinklassen seien neu sortiert worden und die Feuerwehrleute mit LKW-Führerschein würden nach und nach in den Ruhestand gehen.

Die Förderung des Erwerbs von Lkw-Führerscheinen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr kann nach Ansicht von Oehlich an Bedingungen geknüpft werden. So übernehme die Stadt Neustadt-Glewe grundsätzlich diese Kosten. Sie sichere sich aber vertraglich ab. Wer von der Stadt die Fahrerlaubnis bezahlt bekommt, müsse sich auch für einige Jahre an die Feuerwehr binden. „Die Landesregierung darf nicht tatenlos dabei zusehen, wie das Risiko von Jahr zu Jahr immer größer wird, dass einzelne Feuerwehren mangels LKW-Führerscheinen nicht mehr ausrücken können.“

Es sei völlig in Ordnung, dass das Land die Kosten für die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und der Errichtung von Gerätehäusern wegen der hohen Investitionssummen gefördert habe, sagte **David Wulff** (FDP). Es soll-

te allerdings beachtet werden, dass bei der Bezuschussung des Erwerbs von LKW-Führerscheinen wieder ein einseitiger Fokus auf das Thema Feuerwehrleute gelegt werden soll. Diese würden gegenüber Hilfskräften in anderen Organisationen bevorzugt. Das Prinzip der Helfergleichstellung müsse gelten, forderte er. Deshalb müsse grundsätzlich die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessert werden.

Falko Beitz (SPD) zeigte sich überzeugt, dass die Freiwilligen Feuerwehren nur an zwei Stellen Unterstützung bräuchten: „Das sind die Unterstützung für Investitionen für Feuerwehrhäuser und für Fahrzeuge.“ Beim Personal seien die ehrenamtlichen Bürgermeister selbstbewusst genug, dieses Geld in den Haushalt einzustellen. Das passiere selbst in den Gemeinden mit dunkelroten Haushaltszahlen. „Diese Pflichtaufgabe wird keiner rausstreichen.“ Er kenne nicht einen Bürgermeister, der in seiner Gemeindevertretung kungelt und sagt, die notwendigen 5.000 Euro gebe er nicht für die Feuerwehr, sondern für etwas anderes aus.

Der Antrag der CDU wurde in namentlicher Abstimmung bei 28 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache 8/4389

Ausgabe verpasst?

Alle Ausgaben der LandtagsNachrichten
Finden Sie in unserem Archiv.



www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen/landtagsnachrichten/alle-ausgaben-ab-juli-2006

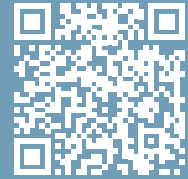




Videos der Debatten des Landtages

Erleben Sie die Debatten aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern als Video-Mitschnitt.

Etwa einmal monatlich tritt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu mehrtägigen öffentlichen Plenarsitzungen zusammen. Hier können Sie sich die Debatten und Abstimmungen ansehen:



Debatte über eine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus

Koalition verweist auf bestehendes Landesprogramm

In Deutschland kommt es immer wieder zu Straftaten mit extremistischem Hintergrund. Dabei kommen die Täter sowohl aus dem rechts- oder links-extremen, aber auch aus dem islamistischen Umfeld. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legte in ihrem Antrag einen Schwerpunkt auf den Rechtsextremismus was von anderen Fraktionen kritisiert wurde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Landesregierung aufgefordert, eine ressortübergreifende Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus zu entwickeln. Hintergrund sei, dass Rechtsextremismus, rassistische Übergriffe und Desinformation zunehmend das demokratische Miteinander gefährden, sagte die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehlich**. Die Zahl rechts-extremer Straftaten sei in MV innerhalb eines Jahres um 66 Prozent gestiegen. „Darauf muss der Staat konsequenter reagieren als bisher.“ Laut Verfassungsschutzbericht gebe es in MV 1855 dem Rechtsextremismus zuzuordnende Personen, 205 mehr als vor vier Jahren.

„Rechtsextremismus ist mit Abstand die größte Bedrohung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung“, betonte Oehlich. Deshalb habe die Fraktion ein umfassendes Maßnahmenpapier entwickelt. Danach müsse die Landesregierung alle rechtsstaatlichen

Mittel ausschöpfen, um gegen eine weitere Ausbreitung und fortschreitende Radikalisierung der rechtsextremen Szene vorzugehen. Dazu gehörten Parteiverbotsverfahren, Vereinsverbote sowie die Offenlegung und Unterbindung von Finanzierungsströmen. Auch seien die Sicherheitsbehörden dazu zu befähigen, rechtsextreme Netzwerke und Strukturen schneller zu erkennen und sie konsequent aufzulösen.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) bestätigte, dass der Rechtsextremismus in MV weiterhin die mit Abstand größte Gefahr aus dem politischen Extremismus sei. Er wies jedoch darauf hin, dass es in MV seit vielen Jahren umfassende und auch ressortübergreifende Gesamtstrategien zur Prävention, Erkennung und Bekämpfung des Rechtsextremismus gibt. „Die Landesregierung will diese Vielzahl an Maßnahmen fortsetzen.“ Es gebe deshalb keinen Bedarf an einer neuen Strategie.

Der Minister erwähnte das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ aus dem Jahr 2006. Darin würden aus allen Ministerien und Landesbehörden rund 200 Maßnahmen angeboten, die auf die Förderung einer offenen und pluralistischen Gesellschaft abzielen. „Dieses Programm arbeitet wirksam seit vielen Jahren.“

Kern und Angelpunkt seien die vier Regionalzentren für demokratische Kultur, die als tragende Säulen in der Umsetzung des Landesprogramms bereits seit 2007 etabliert sind. Sie seien zentrale Beratungsstellen und zugleich Knotenpunkte, um die demokratische Kultur zu stärken und demokratiefeindliche Bestrebungen abzuwehren, sagte Pegel. Darüber hinaus gebe es eine ganze Reihe weiterer Programme mit außerschulischen Aktivitäten, unter anderem von der Landeszentrale für politische Bildung oder der Medienanstalt MV.

„Ja, es gibt Extremisten, allerdings auch Linksextremisten, die im Denken der Grünen natürlich überhaupt nicht vorkommen“, sagte **Horst Förster** (AfD). Der Antrag der Grünen sei eine einzige

Offenbarung, wie Ideologiebesessenheit den Blick auf die Realität verstellt und zu einem nahezu totalitären Verfolgungsdrang von Andersdenkenden führt. Es gebe sehr unterschiedliche Vorstellungen und Bewertungen von Extremismus und Desinformation und vor allem von dem, was unter einem gesellschaftlichen Miteinander zu verstehen ist und wodurch dies gefährdet wird. Dies sei in seinen Augen die illegale Migration.

„Wie verblendet muss man eigentlich sein, den ursächlichen Zusammenhang mit illegaler Migration und dem Islam zu leugnen.“ Linksgrün habe darauf nur eine Antwort: „Wer die Dinge beim Namen nennt, wird als rassistisch, fremdenfeindlich, rechtsextrem und natürlich nazistisch diffamiert.“ Die Grünen sprächen in ihrem Antrag vom gesellschaftlichen Miteinander und beschwören immer wieder den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Dabei machen sie einen fundamentalen Denkfehler“, sagte Förster. Ein solcher Zusammenhalt könne zwischen Millionen illegal eingewanderten, nicht integrierten, sich selbst abschnittenden oder in Parallelgesellschaften lebenden Migranten und der Aufnahmegesellschaft nicht existieren.

Ann Christin von Allwörden (CDU) kritisierte mehrere einzelne Punkte im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dazu kämen Allgemeinforderungen nach der Beteiligung von Kommunen an Solarparks und Windkraftanlagen. „Klimaschutz muss offenbar irgendwie überall rein, egal ob es passt oder nicht.“ Zu viele Forderungen aus dem Antrag der Grünen seien rechtlich nicht haltbar oder nach derzeitigen Voraussetzungen nicht umsetzbar, sagte von Allwörden. Dazu zähle die Verabschiedung eines Landesklimaschutzgesetzes. Dies unter den jetzigen Voraussetzungen als Quelle zusätzlicher Steuereinnahmen und mehrere Zehntausend gutbezahlter Arbeitsplätze zu verkaufen, sei unredlich.

Sie betonte, dass ihre Fraktion Extremismus in jeder Form entschieden entgentrete. Jede links- oder rechtsextrem beziehungsweise islamistisch motivierte Straftat, die Werbung für Terroristen, Terrororganisationen und das Zeigen

verfassungsfeindlicher Symbole sowie antisemitische Propaganda müssten konsequent verfolgt und bestraft werden. „Der Antrag der Grünen trägt dazu allerdings nicht bei.“

„Auf eines können Sie sich verlassen: Als antifaschistische Kraft sowohl hier im Landtag als auch draußen auf der Straße unterstützen wir sämtliche Aktionen und Maßnahmen, die geeignet sind, die extreme Rechte zu schwächen und ihr den Nährboden zu entziehen“, sagte **Michael Noetzel** (DIE LINKE) in Richtung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es sei klar, dass es nicht das eine Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus gibt. Allerdings komme der Antrag wie ein Wahlprogramm Light daher. Die Koalitionsfraktionen und die Regierung seien mit voller Kraft dabei, die Ausbreitung menschenfeindlicher Einstellungen zu bekämpfen, betonte Noetzel.

Er erinnerte daran, dass der Landtag im Januar dieses Jahres beschlossen habe, den Antifaschismus als Staatsziel zu erklären. Neben dem symbolischen Wert werde diese Verfassungsänderung auch ganz praktische Folgen haben, wenn sie von allen gelebt wird. Den jüngsten Angriffen auf die Demokratie und die Verfassungswerte werde nicht tatenlos zugeschaut. Um allen Menschen, die aufgrund ihres Engagements bedroht oder angegriffen werden, ganz praktisch unter die Arme zu greifen, sei im letzten Haushalt der sogenannte Demokratieschutzfonds verankert worden. „Das ist praktisch gelebte Solidarität“, betonte Noetzel.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**, kritisierte den Antrag als überambitioniert, zu breit angelegt, zu pauschal und zu ideologisch. „Ich weiß nicht, woher Sie die Erkenntnis nehmen, dass der Klimaschutz etwas mit dem Erstarken des Rechtsextremismus zu tun hat. Ich kann mir sogar vorstellen, dass es den einen oder anderen Nazi gibt, der die eigene Windmühle betreibt.“ Er widersprach auch dem Antrag, der einseitig gegen den Rechtsextremismus gerichtet sei. Am Ende komme es doch nicht darauf an, ob es ein Links- oder Rechtsextremist oder Islamist war, der einfach auf Menschen losgeht.

Domke wandte sich gegen Partei- oder Vereinsverbotsverfahren. „Dafür haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes bewusst und auch zurecht sehr hohe Hürden gelegt.“ Ein überzogenes Vorgehen riskiere, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat weiter zu beschädigen. „Ein Vertrauen, das bis heute zunehmend erodiert.“ Der Schutz vor extremistischen Strukturen dürfe niemals als Vorwand dienen, die Grundrechte willkürlich einzuschränken. „Die Menschenrechte und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit müssen Leitplanken bleiben.“

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** ging auf das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ ein. Es stelle genau diesen ressortübergreifenden Ansatz dar, den die Grünen in ihrem Antrag forderten. Da gehe es um die Stärkung der demokratischen Bildung in allen Bildungsgängen, um die Förderung der Zivilgesellschaft in Vereinen und Initiativen, die sich gegen Extremismus einsetzen bis hin zu den Aussteigerprogrammen. Das alles geschehe in enger Kooperation zwischen Land und Kommunen, zwischen Wissenschaft, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft.

Das sei in all den Jahrzehnten gelebte Praxis, betonte Barlen. „Da arbeiten Tausende Menschen überall im Land mit, setzen das im Haupt- und Ehrenamt um und es wird durch eine interministerielle Arbeitsgruppe koordiniert, die regelmäßig Evaluationen durchführt.“ Dass dieses seit fast 20 Jahren etablierte und fortentwickelte Programm mit all seinen Akteurinnen und Akteuren im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht einmal genannt wird und auch im Redebeitrag nicht gewürdigt worden sei, könne er nicht nachvollziehen, betonte Barlen.

Der Antrag wurde bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung der anderen Fraktionen abgelehnt.

*Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4629*

Nachhaltiges Haushalten in Mecklenburg-Vorpommern

Aussprache des Landtages über Schuldenaufnahme und solide Finanzen

Auf Antrag der FDP beschäftigte sich das Landesparlament in einer Aussprache mit der Verantwortung der Politik für solide Finanzen. Gleichzeitig wurde der FDP-Dringlichkeitsantrag zum Erhalt der Schuldenbremse in MV debattiert. Der Antragsteller zeigte die Konsequenzen des Berliner Finanzpakets auf und warnte vor dem Aufweichen der Schuldenbremse auf Landesebene. Außer der AfD teilte keine der anderen Fraktionen die Ansichten der FDP, sondern sie stellten die Chancen zusätzlicher Finanzmittel für das Land und seine Menschen heraus.

Der Bund hantiere aktuell mit Summen „historischen Ausmaßes“, warnte der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP). Eine so hohe Verschuldung werde für nachfolgende Generationen genauso wie für uns heute einen Preis haben, gab der Abgeordnete zu bedenken. So seien hohe Zinslasten zu erwarten. „Konservativ geschätzt“ stiegen sie innerhalb von zehn Jahren auf 100 Milliarden Euro jährlich. Zudem werde der Reformdruck abnehmen und die Realwirtschaft mit steigender Inflation kämpfen. Die FDP halte das Vorgehen im Bund für eine „verantwortungslose Finanzpolitik“, die außer Acht lasse, dass „ein fundamentaler Teil der Sicherheitspolitik“ die fiskalische Resilienz eines Staates sei. Deutschland müsse „ein sicherer Hafen für Kapital“ und „ein stabiler Anker für Europa“ bleiben. Es sei fraglich, ob Deutschland seine AAA-Bonität noch halten könne. Der Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion beziehe sich auf den Erhalt der Schuldenbremse in Mecklenburg-Vorpommern, erläuterte **René Domke** (FDP). Mit dem Bundesfinanzpaket werde den Ländern eine Neuverschuldung von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eingeräumt. Bei dieser Regelung sei noch vieles unklar, und das mache ihm „Angst“. Er erwarte von einem Landtag, der sich einmal zur Schuldenbremse bekannt habe, dies auch beizubehalten. Aus diesem Grund beantrage der die namentliche Abstimmung.

Der Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** (SPD) begrüßte, dass es im „demokratischen Miteinander“ und allen Differenzen zum Trotz gelingen werde,

einer „veränderten internationalen Sicherheitslage“ und einem hohen Investitionsbedarf zu entsprechen. Dieses Land müsse „widerstandsfähiger, sicherer, gerechter, zukunftsfähiger“ gemacht werden und das müsse „vor allem schnell gehen“. Der Politiker stellte klar, dass diese „massiven Investitionen“ eine „prominente Forderung der Wirtschaft“ sowie deren Verbände sei. Die Schuldenbremse stamme aus „einer Zeit ohne Pandemie, ohne Krieg in Europa, mit billiger Energie, ohne Inflation, ohne Energiekrise“. Heute brauche es eine Reform, „die erstens produktive Investitionen ermöglicht, die zweitens die Konjunktur stützt und die drittens das wirtschaftliche Wachstum für alle fördert“. Die FDP argumentiere mit einer „alten Ideologie“, die „aus der Zeit gefallen“ sei und am „Dogma“ der Schuldenbremse festhalte. Die Menschen in Deutschland erwarteten aber Lösungen.

Die größte deutsche Staatsverschuldung seit dem Zweiten Weltkrieg ist in der Mache“, beurteilte **Martin Schmidt** (AfD) das geplante Finanzpaket. Der Abgeordnete bedauerte, dass der Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion nicht zugelassen wurde. Darum danke er der FDP für ihre ähnlichen Anliegen, die nun ein Änderungsantrag seiner Fraktion ergänzten. Es sei richtig, „hier und heute“ ein Zeichen zu setzen. Somit fordere er die Landesregierung auf, „jegliche Sondervermögen“ im Bundesrat „konsequent“ abzulehnen. Sollten die Berliner Pläne beschlossen werden, „muss“ die Landesregierung den „juristischen Weg“ einer Normenkontrollklage

beschreiten. Zusätzlich solle die Landesregierung beim Europäischen und Bundes-Rechnungshof den Nutzen und die Rechtmäßigkeit prüfen lassen sowie der Europäischen Kommission ein Defizitverfahren vorschlagen. „Lassen Sie uns das Bundesland sein, das nicht dem Schuldenwahn verfällt“, appellierte Martin Schmidt an die Regierung. Ansonsten „öffnen wir Türen und Tor für einen gesamteuropäischen neuen Schuldenexzess, der uns in handfeste Krisen führt.“

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Berlin könnte das Thema kaum aktueller sein, gab **Marc Reinhardt** (CDU) zu. Sicherlich würden die „vielen Millionen“ dem Landeshaushalt nützen. Aber Schulden blieben am Ende auch dann Schulden, wenn sie eine andere Ebene zurückzahlen müsse, gab der Politiker zu bedenken. Er bevorzuge, sich die Ergebnisse „tatsächlich erst genauer anzugucken“, bevor er „eine abschließende Beurteilung“ vornehme. In der jetzigen Debatte wollte Marc Reinhardt noch zwei Anmerkungen machen. Zum einen werde „Geld allein“ nicht helfen. „Wir müssen wesentlich aktiver werden“ und endlich den Bürokratieabbau in Angriff nehmen. Ein weiteres Thema betreffe die Planungsprozesse. Er erinnerte an das Planungsbeschleunigungsgesetz des Bundes aus den 1990er Jahren. „So etwas brauchen wir heute wieder“, wünschte sich der Abgeordnete, und zwar für alle Planungen. Und er rate dringend eine Verschlankung der Bundesverwaltung an. Es könne nicht sein, dass es außer den Ministerien noch 950 Bundesbehörden gebe.

Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) kritisierte die Forderungen der FDP. Auf den ersten Blick schein die Schuldenbremse wie „ein Instrument der Haushaltsdisziplin“, doch „in Wahrheit ist sie ein Hemmschuh für notwendige Investitionen“, illustrierte

die Abgeordnete. So ignoriere die FDP die „gewaltigen“ Herausforderungen unserer Gesellschaft und stelle „die Interessen weniger Privilegierter über das Gemeinwohl“. In den Augen ihrer Fraktion bedeute die „starre Schuldenbremse“ einen „selbsterstörerischen Sparzwang“, dessen Folgen „verheerend und unfassbar teuer“ wären, wurde Jeannine Rösler deutlich. Denn Deutschland sei kein armes Land. „Unser Problem ist die ungleiche Verteilung des Reichtums.“ Die FDP dürfe nicht vergessen, dass soziale Gerechtigkeit auch einen „gewichtigen Wirtschaftsfaktor“ darstelle. „Die Schuldenbremse ist kein Naturgesetz“, fasste die Fraktionsvorsitzende zusammen. „Sie kann und sie muss geändert werden für eine Politik der Solidarität und der Zukunftsinvestitionen“.

Auch wenn es heute zusammen beraten würde, legte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dar, sollte dies nicht glauben machen, dass solide Finanzen nur mit dem Erhalt der Schuldenbremse funktionierten. „Denn dem ist nicht so“, unterstrich der Abgeordnete. Das schließe aber eine „langfristige, tragfähige“ Finanzpolitik, gekennzeichnet durch „Nachhaltigkeit“, nicht aus. Seine Fraktion plädiere seit „vielen, vielen Jahren“ für eine Politik der „Abwägung zwischen Handlungsfähigkeit heute und den Möglichkeiten künftiger Generationen“ und vertrete, beides zu erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzte sich schon immer für Zukunftsinvestitionen von Dauer ein. In diesem Punkt stelle die Schuldenbremse „genau das ungeeignete Mittel“ dar und deswegen habe seine Fraktion das stets kritisiert. Dr. Terpe befürworte, sich „gegenseitig die Hand zu reichen“, um die Schuldenbremse im Interesse der neuen Herausforderungen „in einem vernünftigen Maß“ und mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit zu reformieren.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) war sich der notwendigen „Balance“ zwischen Generationengerechtigkeit und kreditfinanzierten Investitionen bewusst. „Es muss beides gelingen“, versicherte die Ministerpräsidentin. Daher sei sie froh, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes für große Investitionen eingebracht wurde. Konkret gehe es um Investitionen für

den Verteidigungshaushalt von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Alles darüber hinaus werde durch Kredite finanziert. Manuela Schwesig betonte „ausdrücklich“, dass dies keine „Flatrate für Aufrüstung“ bedeute, denn alle Entscheidungen hierzu werden vom Bundestag getroffen. Das zweite Hauptaugenmerk lag auf dem Infrastruktur-Sondervermögen von 500 Milliarden Euro. Davon erhielten die Länder 100 Milliarden Euro, ohne damit finanziell belastet zu werden. Wie dieses Geld verteilt werden wird, müsse ein Bundesgesetz regeln, welches wiederum zustimmungspflichtig sei. Der „kritische Punkt“ in den Verhandlungen sei gewesen, dass die Gelder für die Länder zusammen mit den Finanzen für die Verteidigung beschlossen werden. Insgesamt habe es aus Sicht der Länder und Kommunen noch nie so ein „gutes Paket“ gegeben. Darum werbe sie für diesen Vorschlag.

Für den Änderungsantrag der AfD stimmten lediglich der Antragsteller und die fraktionslose Abgeordnete. Mit den Gegenstimmen der restlichen Parlamentarier wurde die Drucksache abgelehnt. Der Dringlichkeitsantrag der FDP wurde abgelehnt, da in der namentlichen Abstimmung bei einer Enthaltung zwölf Abgeordnete mit Ja und 52 mit Nein votierten.

Aussprache auf Antrag der FDP gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages

in Verbindung mit Dringlichkeitsantrag der FDP Drucksache 8/4676 hierzu

Änderungsantrag der AfD Drucksache 8/4695

Gemäß § 91 Abs. 1 GO LT wird zu dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 8/4676 eine namentliche Abstimmung durchgeführt.

Ergebnis der Abstimmung

Abgegebene Stimmen: 65

Jastimmen: 12

Neinstimmen: 52

Enthaltungen: 1

Beschluss:

*Es fand eine Aussprache statt.
Ablehnung des Änderungsantrages
Ablehnung des Antrages*

Ökumenische Andacht

Am 12. März 2025 wurde die Sitzungswoche des Landtages Mecklenburg-Vorpommern mit der traditionellen ökumenischen Andacht in der Schlosskirche eingeleitet.

Die Andacht hielt der ehemalige Kommandeur des Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern, Uwe Nerger, General a. D.

Am Mittwoch einer jeden Landtags-sitzungswoche findet um 08:00 Uhr in der Schlosskirche des Schweriner Schlosses die ökumenische Morgenandacht statt. Die Andacht ist öffentlich und eine Anmeldung ist nicht notwendig. Kommen Sie gerne vorbei.



Bericht über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention & Tag der Menschen mit Behinderung 2024

Bei der Vorstellung des Berichts über den Stand der Umsetzung des Maßnahmenplans 2.0 der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie zum dritten Tag der Menschen mit Behinderung 2024 betonte die Vorsitzende des Sozialausschusses, **Katy Hoffmeister** (CDU), dass Teilhabe und Inklusion kein Geschenk, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe seien. Passend zum Thema wurde dieser Tagesordnungspunkt von einer Übersetzung in Gebärdensprache begleitet.

Das große Ziel der gleichberechtigten Teilhabe und Inklusion aller Menschen sei noch längst nicht erreicht, sagte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD). „Wichtig sind kontinuierliche Diskussionen und klare Vorgaben, wie und wo es in Sachen Inklusion und Barrierefreiheit hingehen soll.“

Bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gehe es weniger um konkrete Verbesserung, als vielmehr um Symbolpolitik, sagte der AfD-Abgeordnete **Thomas de Jesus Fernandes**. Unzählige öffentliche Einrichtungen seien nicht oder nur unzureichend für Menschen mit Behinderung nutzbar.

Der CDU-Abgeordnete **Harry Glawe** kritisierte, dass es noch immer keine Verbandsgeschäftsstelle für Menschen mit Behinderung gebe, aus der heraus

fachbezogene Stellungnahmen abgegeben werden können. „Wir als CDU wollen, dass das endlich ein Ende hat.“

Eine solidarische Gesellschaft sei ohne Teilhabe nicht denkbar, betonte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Es sei sehr erfreulich, dass der Tag der Menschen mit Behinderung aus der Politik des Landes nicht mehr wegzudenken sei.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) forderte einen Inklusionsgipfel. Ein Tag für die Menschen mit Behinderung sei wichtig, aber er sei auch plakativ. Mit so einem Tag Hoffnung zu geben und sich dann die Verantwortung und Zuständigkeiten gegenseitig zuzuschieben, sei ein Armutszeugnis.

Die FDP-Abgeordnete **Barbara Becker-Hornickel** betonte, dass in MV bei den Themen Barrierefreiheit oder Digitalisierung alles viel zu lange dauere. „Unsere Mitmenschen brauchen weder die Tränendüse noch immer wiederkehrende Versprechen. Sie brauchen Taten und reale Verbesserung im Lebensalltag.“

Niemand dürfe aufgrund bestehender Unterschiede ausgeschlossen werden, erklärte **Christine Klingohr** (SPD). „Dafür ist vielfach noch ein Umdenken und eine Sensibilisierung für die Bedürfnisse und Fähigkeiten aller Menschen erforderlich.“

Dem Antrag, die Unterrichtung durch die Landesregierung verfahrensmäßig für erledigt zu erklären, wurde bei Stimmenthaltung von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Zustimmung der anderen Fraktionen zugestimmt.

tens von Ohnmacht und Realitätsverweigerung“ bereit sei und müsse „auf allen Ebenen“ unterstützt werden. Die AfD verwahre sich auch gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, um keine weitere Eskalation zu riskieren.

Alle Fraktionen wiesen das Anliegen der AfD zurück. Sie warfen ihr Naivität vor und sie trage „Kremlinarrative“ ins Parlament, um einer Kapitulation der Ukraine den Weg zu bahnen. MV „steht fest an der Seite der Ukraine“. Wissenschaftsmi-



Reden der Ausschussvorsitzenden Katy Hoffmeister (oben) und der Sozialministerin Stefanie Drese (mitte) werden simultan in die deutsche Gebärdensprache übersetzt.

Akustische Verstärkungen für Gäste auf der Besuchertribüne (oben) (Fotos: Danny Gohlke)

Debatte über diplomatische Wege zum Frieden in der Ukraine

Das Blutvergießen in der Ukraine muss aufhören, mahnte **Horst Förster** (AfD) im Landtag. Mehr denn je gebe es zur diplomatischen Lösung des Krieges keine Alternative. Die Initiative von US-Präsident Trump für Friedensverhandlungen mit Russland zeige, dass er zum Durchschlagen des „gordischen Kno-

nisterin **Bettina Martin** (SPD) bezichtigte die AfD, Tatsachen zu verdrehen und die „Kriegsverbrechen Putins“ zu rechtfertigen. Sie bat das Parlament, „diesen revisionistischen Antrag“ abzulehnen. **Ann Christin von Allwörden** (CDU) verurteilte die „sogenannte Initiative“ von Präsident Trump, die der Idee folge, „dass immer der Stärkere Recht hat“. Nun versuche die AfD mit „einer perfiden Erklärung“ zu suggerieren, es wäre das Beste „sich mit Russland zu arrangieren“. Der Antrag fordere zu einem „Kotau“ vor

der russischen Aggression auf, befand **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Das sei „unannehmbar“ sowie „politisch falsch und moralisch verwerflich“. Die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkannte, dass es der AfD lediglich „um eine Ausweitung des Machtbereichs ihres Verbündeten Wladimir Putin“ gehe. Auch der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) missbil-

ligte den Antrag. Durch die Unterstützung von „Trumps Ideen und Fantasien“, laufe die AfD einem Menschen hinterher, der die „Werteordnung in Frage stellt, die uns einmal einte“. Die AfD betreibe „eine Umkehr von Tätern und Opfern“ richtete **Julian Barlen** (SPD) an den Antragsteller. Diese „zynische“ und „knallharte Desinformation“ verlange ein striktes Entgegenreten.

Der Antrag wurde mit den Gegenstimmen aller Fraktionen außer der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Antrag AfD
Drucksache 8/4631

Landesliste für „Immaterielles Kulturerbe in MV“



Foto: nordreport

Die Fraktionen von SPD und DIE LINKE haben die Landesregierung aufgefordert, eine Landesliste „Immaterielles Kulturerbe in MV“ einzuführen. Sie solle unter anderem die Bewerbungen des Landes für die bundesweite Liste des immateriellen Kulturerbes umfassen, sagte **Dr. Anna-Konstanze Schröder** (SPD). Zusammen mit anderen Verbänden oder Einrichtungen sollten Synergieeffekte geschaffen werden.

Es gehe beim immateriellen Kulturerbe nicht nur um die vermeintlich hohe Kunst und Kultur. „Es geht um unser Leben, unseren Alltag, unsere Fähigkeiten und somit um alles, was unsere Heimat ausmacht und was unsere Identität prägt“, betonte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD).

Thore Stein (AfD) betrachtete es als unnötig, in das immaterielle Kulturerbe von MV Kulturpraktiken von Menschen mit

Migrationsgeschichte einzuschließen. Zudem müsse das Kulturerbe noch mit mehr Haushaltsmitteln unterstützt werden.

Beim Thema Geld werde der Antrag der Koalitionsfraktionen ungenau, fügte **Katy Hoffmeister** (CDU) hinzu. „Der Landtag soll also Listen in Auftrag geben und Arbeitsgruppen sollen gegründet werden und das alles kostet nichts? Zugegebenermaßen: Das glaube ich im Leben nicht.“

Der Antrag sei ein klares Bekenntnis zur Vielfalt und zur kulturellen Identität von MV, sagte **Elke-Annette Schmidt** (DIE LINKE). Eine eigene Landesliste würde den wichtigen Ausdrucksformen dieser Kultur noch mehr Anerkennung verschaffen.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte, dass sich seine Fraktion auch für moderne, interkulturelle Traditionen einsetze. „Das Kulturerbe MV

ist eben kein starres Gebilde. Es lebt, es verändert sich und es spiegelt die Vielfalt der Menschen wider, die hier bei uns leben.“

„Gerade in einer Zeit der Schnelllebigkeit und der Globalisierung ist es von besonderer Bedeutung, unsere regionalen Traditionen zu bewahren“, erklärte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Eine eigene Landesliste könne die Menschen ermutigen, aktiv an der Pflege und Weitergabe dieses Erbes mitzuwirken.

Der Antrag wurde bei Zustimmung durch die Fraktion SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Enthaltung durch die Fraktionen der CDU und AfD und Gegenstimme durch die fraktionslose Abgeordnete angenommen.

Antrag der Fraktion
der SPD und die Linke
Drucksache 8/4636

Debatte über Führerscheinzuspruch für Azubis

Mit mehreren Tausend Euro Kosten werde der Führerschein zum „Luxusgut“, kritisierte **Sabine Enseleit** (CDU). Dabei stelle Mobilität gerade für junge Menschen im ländlichen Raum den „Schlüssel zu beruflichen und persönlichen Chancen“ dar. Oft sei die Ausbildungsstätte weit entfernt und der ÖPNV gar nicht oder schlecht verfügbar. Darum schlage die CDU ein Optionsmodell vor, das Auszubildende die Wahl zwischen dem Azubi-Ticket oder einem Zuschuss zum Führerschein ließe. Zusätzlich befürworte die CDU, den Prozess der Führerscheinlehrgänge und -prüfungen zu vereinfachen. Ziel sei, die Kurse zügiger zu gestalten und der hohen Durchfallquote entgegenzuwirken – ohne Kompromisse bei der Verkehrssicherheit. Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** (parteilos) hielt die Lösungsansätze der CDU für nicht „praktikabel“ oder „ungeeignet“. Er plädierte für ein „hohes Ausbildungsniveau bei effizienten Abläufen“. Der AfD gefiele der Leistungsanreiz durch die Kopplung des Zuschusses an den erfolgreichen Ausbildungsabschluss, lobte **Enrico Schult** (AfD). Darum schlage seine Fraktion in ihrem Änderungsantrag vor, sogar 50 Prozent der Gesamtkosten, aber maximal 1.500 Euro zu erstatten.

Für **Christian Albrecht** (DIE LINKE) ergaben sich viele „Stellschrauben“, um dem Problem beizukommen. Zudem diskutiere die Fachwelt bereits eine Novellierung der Fahrerschülerausbildungsverordnung. **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) versicherte dem Antragssteller, dass ihre Fraktion der Förderung von Azubis beim Führerschein offen gegenüberstehe. Doch der Antrag überzeuge nicht. Den Änderungsantrag der FDP erklärte **David Wulff** (FDP). Seine Fraktion setze sich für eine „variable Mobilitätspauschale“ und das begleitete Fahren ab dem vollendeten 16. Lebensjahr ein. **Marcel Falk** (SPD) sah keine Möglichkeit zur Umsetzung des Vorschlags der CDU. Die Bundeszuschüsse für das Azubi-Ticket wurden im Bundesrat „gegen Widerstände hart erkämpft“. Sie seien zweckgebunden und könnten nicht „beliebig“ für anderes ausgegeben werden.

Bei der nummernweisen Abstimmung zum FDP-Änderungsantrag wurden alle Nummern wenigstens durch DIE LINKE und die SPD abgelehnt und somit die gesamte Drucksache.

Auch der Änderungsantrag der AfD erhielt nur die Zustimmung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten und passierte somit nicht das Parlament.

Für den CDU-Antrag votierten die CDU, AfD und die fraktionslose Abgeordnete. FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich. Mit den Nein-Stimmen von DIE LINKE und SPD wurde der Antrag verworfen.

*Antrag CDU
Drucksache 8/4514
hierzu
Änderungsantrag FDP
Drucksache 8/4555
Änderungsantrag AfD
Drucksache 8/4568*

Forderung nach bezahlbarer und gesunder Kita- und Schulverpflegung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben eine gesunde und bezahlbare Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder gefordert. Ein gesundes Aufwachsen sei ein Kinderrecht, sagte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Doch die Realität in MV sehe mitunter anders aus. „Wir dürfen nicht zusehen, wie wirtschaftliche Not über die Gesundheit unserer Kinder entscheidet.“

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) gab zu bedenken, dass eine kostenfreie, gesunde Ernährung für alle Kinder und Jugendlichen in Kitas und Schulen in MV jedes Jahr rund eine halbe Milliarde Euro koste. Selbst bei nur anteiliger Beteiligung stehe diese gigantische Summe nicht zur Verfügung.

Petra Federau (AfD) verwies auf eine schwedische Studie, in der Kinder über Jahre hinweg gesundes und kostenfreies Essen bekommen hätten. Diese Kinder seien im Schnitt einen Zentimeter größer gewachsen und hätten ein besseres geistiges Aufnahmevermögen gehabt.

Für den CDU-Abgeordneten **Torsten Renz** waren die im Antrag geforderten Maßnahmen noch nicht ausgereift und konkret genug. Er verwies auf die Haltung der LINKEN, die noch im Jahr 2021 explizit aufgeschrieben habe, dass es kostenloses Mittagessen geben müsse.

Es sei eine gemeinsame Entscheidung von Elternräten, Schulkonferenzen oder Einrichtungsträgern, wie die Versorgung der Kinder stattfinden soll, betonte **Mandy Pfeifer** (SPD). Das sei richtig, denn Kinder auf ein gesundes Leben vorzubereiten, gehe nur mit den Eltern gemeinsam.

Es ziehe sich durch alle Schichten hindurch, dass Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Das seien nicht nur Kinder aus armutsgefährdeten Familien. „Da ist doch auch die Verantwortung der Eltern gefragt.“

Gesundes Essen für Kinder habe eine viel größere Dimension, betonte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**. Kinder aus einkommensarmen Familien hätten ein deutlich höheres Risiko für Ernährungsarmut und daraus resultierende gesundheitliche Probleme.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde bei Zustimmung durch die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten, bei Stimmenthaltung von CDU und FDP sowie Gegenstimmen von SPD und DIE LINKE abgelehnt

*Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4626*



Foto:
nordreport



Modernisierung der MV-Wirtschaft gefordert

Grundsteinlegung für die Erweiterung von YPSO-MED Schwerin, am 26. März 2025 (Foto: nordreport)

Gleich mit drei Anträgen warb die FDP für Deregulierung und neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP), **David Wulff** (FDP) und **Sandy van Baal** (FDP) präsentierten einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zum Bürokratieabbau, zur Standortstärkung und Leistungsbereitschaft. Die Abgeordneten zeigten sich überzeugt, dass MV „ein Land voller Potenzial“ sei, das gehoben werden müsse. René Domke forderte ein „sofortiges Bürokratiemoratorium“ zur Minimierung bürokratischer Lasten und Berichtspflichten. David Wulff erklärte den Vorschlag eines landesweiten Gewerbeflächen-Management und „wirtschaftlicher Freiheitszonen“ mit besonderen Bedingungen für Unternehmen. Sandy van Baal ging es um steuerfreie Überstunden, eine zentrale Plattform für die Fachkräftevermittlung und „flexible Arbeitszeiten“ durch ein wöchentliches statt tägliches Arbeitszeitbudget.

Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** (parteilos) dankte für den „Blumenstrauß“ von Anregungen und zeigte sich offen für einen gemeinsamen „sachlich-inhaltlichen Austausch“ zu den Themen, lehnte die Anträge aber ab.

Martin Schmidt (AfD) fragte die FDP, wer ihr „Wunschkonzert“ an neuen Regularien bezahlen solle. Er machte so-

wohl rechtliche als auch sachliche Bedenken geltend.

Bei näherer Betrachtung der einzelnen Punkte falle auf, wie unkonkret sie seien, attestierte **Torsten Koplín** (DIE LINKE) der FDP. Gerade hinsichtlich der Bürokratie wurde nicht deutlich, „was genau“ abgeschafft werden solle.

Da die FDP einen Antrag der Bundes-CDU kopiert habe, seien viele Aspekte richtig, andere – wie die Idee „freier Wirtschaftszonen“ – lehne die CDU ab, führte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) aus. Darum beantrage er ziffernweise Abstimmung.

„Licht und Schatten“ erkannte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in den FDP-Anträgen und befürwortete ebenfalls eine „differenzierte Abstimmung“.

Die 33 angesprochenen Themen seien „sehr relevant“ und „drängend“, hielt **Christian Winter** (SPD) den Antragstellern zugute. Aber vieles davon sei längst auf dem Weg und daher brauche es die Anträge nicht.

In der Abstimmung, die zum größten Teil ziffernweise erfolgte, wurden alle Punkte zumindest von SPD und DIE LINKE abgelehnt und folglich alle Anträge abgewiesen.

Antrag FDP
Drucksache 8/4378
Beschluss:
Ablehnung des Antrages
in Verbindung mit:
b) Antrag FDP
Drucksache 8/4379
hierzu
Änderungsantrag CDU
Drucksache 8/4435
Beschluss:
Ablehnung des Änderungsantrages
Ablehnung der Ziffer I Nummern 1 bis 6 und der Ziffer II Nummern 1 bis 8 des
Antrages
in Verbindung mit:
c) Antrag FDP
Drucksache 8/4385
Beschluss:
Ablehnung der Ziffer I und der Ziffer II
Nummern 1 bis 8 des Antrages

Befragung der Landesregierung

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Strandkorbnutzung in Mecklenburg- Vorpommern



Wolfgang Waldmüller, CDU: Guten Morgen, Herr Dr. Backhaus! Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! Neben den vielen Glückwünschen wünsche ich Ihnen auch einmal Ruhe, am besten in einem Strandkorb.

Und darum geht es jetzt auch: Es geht um die Strandkorbverordnung. Die ist geändert worden und wir hatten letzte Woche im Wirtschaftsausschuss – ist auch eine Presseberichterstattung darüber gewesen –, wir hatten auch den Wirtschaftsminister gefragt. Der wusste aber von der Presseberichterstattung oder von dem, was da gesagt wurde, nichts, weil da drinstand, dass Dr. Till Backhaus am 15. März die Verordnung bereits ändern wolle. Das stand so drin, ist kolportiert worden, konnte keiner was zu sagen, und insofern wäre das relevant gewesen.

Und deswegen meine Frage: Wann soll diese Verordnung denn nun kommen? Ist es der 15. März oder ist es der 15. Oktober?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Waldmüller! Der Erlass – es geht um einen Erlass in dieser Frage, was die Strandbewirtschaftung anbetrifft – ist fertiggestellt und zum 15. März wird das dann auch veröffentlicht, und das bedeutet, in zwei Tagen.

Und unterm Strich ist es so, dass wir uns auf folgende Punkte verständigt haben:

Punkt eins, ab dem 15. Oktober gilt das dann, denn dieser Erlass – das war ja die Diskussion, die wir mit den Strandbewirtschaftern gehabt haben, dass in der Phase vom 15. Oktober bis Ostern, 1. April, ohne Scherz, dass dann bestimmte Maßnahmen nicht stattfinden konnten. Wir haben uns jetzt darauf verständigt, dass ohne Genehmigung mobile Anlagen, die innerhalb von zwölf Stunden dann auch wieder quasi unschädlich entnommen werden können, dass diese genehmigungsfrei sind. Und so wird das im Erlass drinstehen.

Und ich habe eine Runde auch mit den Touristikern gehabt und insbesondere auch mit der Insel Usedom und natürlich auch mit Strandbewirtschaftern. Und die sind hochofret, dass wir das jetzt gelöst haben. Das bedeutet, ab dem Oktober, 15. Oktober, ist das dann genehmigungsfrei und man kann dann Aktionen am Strand durchführen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Waldmüller, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte!

Wolfgang Waldmüller, CDU: Eine Nachfrage zu den dann im Erlass stehenden Zeiten. Wird es dann bis Ende Oktober oder wird es ... Die Touristiker haben ja gesagt, ihnen wäre es am liebsten, damit sie damit umgehen können, vom 1. März bis 15. November. Welcher Zeitraum steht denn dann nun insgesamt genau drin?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, der Zeitraum ist dann, vom 15. bis zum 1.

April können solche Aktionen stattfinden.

Wolfgang Waldmüller, CDU: 1. April?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja.

Wolfgang Waldmüller, CDU: 15. Oktober

Minister Dr. Till Backhaus: 15. bis 1. April können Aktionen stattfinden, dass mobile, nicht bodenverbundene Anlagen, mobile Anlagen, die innerhalb von zwölf Stunden wegzuräumen sind, ohne Gefahr für den Küstenschutz und für die Menschen da, die sind dann genehmigungsfrei. Ich sage das ausdrücklich, sind genehmigungsfrei. Und das war, glaube ich, der Durchbruch. Und damit können der Tourismus und auch insbesondere die Strandbewirtschaftung sehr gut umgehen.

Bundes-Klima- anpassungsgesetzes

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Guten Morgen und alles Gute, Herr Minister!

Ich befrage die Landesregierung zum Thema Umsetzung des Paragraphen 12 Absatz 4 des Bundes-Klimaanpassungsgesetzes. Dieses Gesetz verpflichtet die Länder, ihre eigenen Klimaanpassungskonzepte mit Frist zum 31.01.2027 vorzulegen. Weiter bestimmen die Länder im Rahmen der Grenzen des Artikels 28 Absatz 2 des Grundgesetzes diejenigen öffentlichen Stellen, die für die Gebiete der Gemeinden und Kreise jeweils ein Klimaanpassungskonzept aufstellen.

Nach Paragraph 12 Absatz 4 – und darum geht es nun – bestimmen die Länder die wesentlichen Inhalte der Klimaanpassungskonzepte nach Absatz 1 und darüber hinaus, ob und in welcher Form sie einer Beteiligung der Öffentlichkeit sowie einer Berichterstattung über die Umsetzung ihres Maßnahmenkatalogs bedürfen und in welchen Zeitraum sie fortgeschrieben werden.



Wenn die Frist der Länder nun zum 31.01.2027 endet, müssen folglich die Kreise und Gemeinden früher zuliefern. Was bis heute fehlt, sind genau diese Vorgaben der Landesregierung für die Kreise und Gemeinden. Es bleiben also noch weniger als zwei Jahre für die verwaltungsseitige oder outgesourcte Erarbeitung der Konzepte, die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Gremienlauf. Wer Erfahrungen mit den kommunalen Strukturen in M-V hat, weiß, die Uhr tickt, die Zeit ist bereits heute sehr knapp geworden.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie sieht der Zeitplan der Landesregierung hierfür aus und wann ist mit der Veröffentlichung der Vorgaben nach KAnG Paragraf 12 Absatz 4 zu rechnen? Immerhin ist das Gesetz ja bereits 2023 in Kraft getreten.

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Damm, die Erstellung der Konzepte soll in dem Landes Klimaschutzgesetz geregelt werden. Und danach ist klar, dass alle Landkreise, alle Landkreise und damit die kommunale Familie, bis zum 01.01.2030 in allen Bereichen Klimaschutzkonzepte vorzulegen haben. Zusätzliche Regelungen – Inhalt, Öffentlichkeitsbeteiligung, Fortschreibung – sind dann noch in der Rechtsverordnung zu bestimmen.

Und ich will mal ausdrücklich sagen, wir haben ja die Klimaschutzmanager permanent oder drei-/viermal im Jahr bei uns im Hause. Die machen, glaube ich, eine gute Arbeit. Da will ich mal ausdrücklich sagen, auch das Förderprogramm, das der Bund aufgelegt hat, die Kommunen dort zu unterstützen, das werden wir auch versuchen weiterzuführen, weil das eine gute Sache ist, weil damit auch die Konzepte in den

Gemeinden und in den Landkreisen umgesetzt werden.

Und im Klimaschutzgesetz sollen die Landkreise und kreisfreien Städte verpflichtet werden, ab dem 01.01.2030 ihre Klimaanpassungskonzepte nicht nur zu erstellen, sondern dann auch in die weitere Umsetzung zu bringen. Wir haben die Frist 2030 ganz bewusst gewählt, weil die Kommunen die Chance haben, die Bundesförderung – ich habe sie ja schon angesprochen – zu nutzen und damit tatsächlich auch diese Förderprogramme vollständig auszunutzen, um damit quasi auch die Belastung für den Landeshaushalt oder die kommunalen Haushalte so gering wie möglich zu halten.

Und insofern ist auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels für uns nach wie vor präsent. Und es geht ja auch darum, dass die Anpassungskonzepte – ich denke, das wissen Sie – tatsächlich bei den Förderbedingungen zwischen 80 und 90 Prozent liegen. Und alle anderen Kommunen werden aufgefordert, sich mit dem Thema Anpassung zu beschäftigen. Aber es gibt noch keine Pflicht, und das werden wir dann auch so in der Zukunft weiter umsetzen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das möchte ich sehr gerne tun.

Herr Backhaus, Sie haben jetzt gesagt, das Ganze wird im Klimaschutzgesetz geregelt. Nun ist es so, wir wissen aus den Kleinen Anfragen von Frau van Baal, dass das Klimaschutzgesetz M-V jetzt frühestens viertes Quartal den Landtag erreicht, folglich irgendwann Anfang 2026 in Kraft treten kann. Jetzt ist aber

im Bundesgesetz der 31.01.2027 bereits die Frist. Und gleichzeitig soll im Klimaschutzgesetz des Landes geregelt werden, dass man erst zu 2030 vorlegen muss. Ist hier nicht ein Widerspruch zum Bundesgesetz zu sehen, das genau diese Konzepte schon drei Jahre früher verpflichtend fordert?

Minister Dr. Till Backhaus: Also im Bundesklimaschutzgesetz sind ja die Größenordnungen der Städte gemeint und angesprochen, dass die Verpflichtung gilt, ganz eindeutig das umzusetzen. Und auf der anderen Seite wollen wir ja dann auch Anreize, und ich betone noch mal, wir wollen es eben nicht mit der Brechstange machen, sondern wir wollen die Kommunen mitnehmen und wollen ihnen auch die Möglichkeit geben, auch Maßnahmen in sinnvoller Weise umzusetzen.

Ich glaube im Übrigen ausdrücklich, ganz aktuell auch noch mal, für die Verhandlungen in Berlin, also das ANK ist ein wichtiges Instrument, um damit Klimaschutzmaßnahmen mit Investitionen anzureizen und in sinnvoller Weise umzusetzen, das werden wir uns genau anschauen. Und ich glaube, dass wir schneller in die Umsetzung kommen müssen, mit Anreizen und nicht mit Ordnungsrecht. Und daran arbeiten wir.

Und ich glaube noch mal ausdrücklich zu sagen, dass es in den Kommunen, die sich dieses Themas angenommen haben, auch Raum greift. Ich nehme zur Kenntnis, dass wir in den größeren Kommunen sowieso an dem Thema arbeiten, aber auch in den Landkreisen doch mittlerweile Klimaschutzmanager eingestellt sind und auch in den Kommunen, die wirklich eine sehr, sehr gute Arbeit leisten. Bei denen möchte ich mich ausdrücklich jetzt auch mal bedanken.



Cannabis am Standort Murchin

Sandy van Baal, FDP: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Guten Morgen, Herr Minister! Es geht um die Deutsche Anbaugesellschaft in Murchin. Für alle mal, damit Sie wissen, worum es hier geht: Mit über 120.000 Quadratmetern Hallenfläche und einer 1-Megawatt-Photovoltaikanlage setzt die DAG auf eine ressourcenschonende Produktion. Das ist übrigens Deutschlands größte Cannabisfarm. Hier können Cannabisklubs unter besten Bedingungen ihre Hanfpflanzen anbauen. Außerdem bieten der Anbau von medizinischem Cannabis und die Forschung im Bereich Vertical Farming große Chancen. Es geht nicht nur um Innovation in der Landwirtschaft, sondern auch um Arbeitsplätze und wirtschaftliche Impulse für diese Region.

Jetzt haben wir vernommen – mein Kollege Herr Wulff war vor Kurzem vor Ort –, dass es an Genehmigungen vom LALLF momentan scheitert. Können Sie dazu ausführen, woran liegt es genau, wann kann es endlich richtig losgehen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, es liegt tatsächlich für das Gebiet ein Antrag nach dem Paragraphen 11 Cannabisgesetz vor. Und wir haben jetzt aktuell ausdrücklich das Problem, dass hier eine Anbaugesellschaft, die 470 Kilometer entfernt von Mecklenburg-Vorpommern sitzt, diesen Antrag gestellt hat, das heißt also, aus Niedersachsen. Und wir sind jetzt in Gesprächen mit dem Nachbarbundesland, denn eins ist klar, wer hier anbaut, muss dann auch vor Ort die Verantwortung tragen. Und ich sage mal ausdrücklich, 440 Kilometer, 470 Kilometer

entfernt nun täglich vor Ort die Verantwortung zu tragen, ist für uns schon sehr genau zu hinterfragen. Ich glaube, gestern war das Thema ja auch hier im Landtag schon in gewisser Weise präsent und wir müssen hier sehr genau prüfen und werden dann auch zu einer Entscheidung kommen.

Insofern ist die Deutsche Anbaugesellschaft dabei, sie wollte ein flächendeckendes Netz nach Mecklenburg-Vorpommern entwickeln, und das sehe ich wirklich sehr skeptisch, weil diejenigen, die als Anbauverantwortliche dann diesen Prozess umsetzen sollen, haben vor Ort die Verantwortung zu tragen und nicht über irgendwelche Dritte diese Maßnahmen umzusetzen.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Sandy van Baal, FDP: Sehr gerne.

Wir waren ja jetzt vor Ort und da ist ja auch ein großes Sicherheitssystem und viele Konzepte sind da vorhanden. Meine Frage ist jetzt, war das LALLF schon vor Ort und hat sich das angeschaut, um vielleicht den Findungsprozess in der Entscheidung sich mal vor Ort auch anzuschauen, um das ein bisschen zu erleichtern?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich sage mal noch mal sehr deutlich, das Cannabisgesetz ist ja nicht ganz unumstritten. Und für uns ist klar, dass die Kontrolle und Überwachung gewährleistet werden müssen, und die Grundsätze einer Genossenschaft und der Anbauvereinigung sind klare Regelungen, und diese Regelungen sind einzuhalten. Und was den medizinischen Anbau anbetrifft, auch das ist ein Thema an dem Standort. Aber da sind wir noch nicht so weit, dass das genehmigungsfähig ist.



Gewalt an Schulen

Petra Federau, AfD: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin!

In der Vergangenheit, in den letzten Sitzungen, habe ich bereits auch das Thema „Gewalt an Schulen“ angesprochen. Da hat die Justizministerin darauf geantwortet. Auch dieses Mal ist das Thema wieder präsent und immer noch, denn in Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit 2018 die Zahl der meldepflichtigen Gewaltvorfälle an Schulen verdoppelt. Allein in diesem Schuljahr sind 717 Fälle, wenn ich es richtig auf dem Schirm habe, bereits registriert worden.

Welche konkreten neuen Maßnahmen plant die Landesregierung, damit die Gewaltvorfälle an Schulen, damit diesen endlich Einhalt geboten wird?

Ministerin Simone Oldenburg: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gewaltvorfälle haben sich in der Gesellschaft, überall haben sie sich fast verdoppelt. Auch die Anzahl der häuslichen Gewalt ist in Mecklenburg-Vorpommern um 34 Prozent gestiegen. Es ist also keine Systematik an Schulen, es ist eine Systematik in der Gesellschaft, und da kann auch die Gesellschaft dann als Gesamtgesellschaft nur gemeinsam dort Abhilfe schaffen.

Wir haben viele erfolgreiche Maßnahmen

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Welche denn?)*

und wir haben die Schulen mehr sensibilisiert, dass sie tatsächlich auch



melden, damit wir helfen können und damit es nicht runterfällt. Aber trotzdem ist es wichtig, dass wir wieder Fortbildungen angeboten haben. Und wir planen zum neuen Schuljahr auch einen weiteren Kurs, eine Erneuerung des ehemaligen Programms der Streitschlichterinnen und Streitschlichter an den Schulen.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage dazu stellen?

Petra Federau, AfD: Gerne.

Sind Sie der Meinung, dass diese Dinge, die Sie planen, tatsächlich ausreichend sein werden? Denn als ich das letzte Mal hier gestanden habe, hieß es ja auch schon, welche Programme und so weiter und wie gut jetzt insbesondere – ich war da auf einen konkreten Fall eingegangen hier in Schwerin –, dass dort eine Klärung stattgefunden hat, dass dort Maßnahmen gegenüber dem Täter auch erfolgreich stattgefunden haben. Kurz danach konnten wir dann in der Presse lesen, und wir lesen nicht nur diesen einen Fall, sondern immer mehr Eltern wenden sich jetzt mittlerweile an die Öffentlichkeit, dass sie eben im Regen stehen gelassen werden und selbst auch die Lehrer sich oftmals alleingelassen fühlen mit diesen Problemen, die sie haben.

Und natürlich ist aus meiner Sicht in den Schulen noch wieder ein anderes Problem. Wir haben eine Schulpflicht, die Eltern geben ihre Kinder in die Schule, in einen hoffentlich, so denken sie, geschützten Raum. Und hier müssen konkrete Maßnahmen doch stattfinden, damit hier keine, damit die Schüler nicht massiven Gewalttaten weiterhin ausgesetzt werden.

Wir haben auch den aktuellen oder den Fall in Grimmen, dass eine Grundschülerin bewusstlos geschlagen wurde. Und da frage ich mich wirklich, ja, muss erst jemand zu Tode kommen, damit hier wirklich deutliche Maßnahmen ergriffen werden, beispielsweise wie die Absenkung des Strafalters.

Ministerin Simone Oldenburg: Ich möchte jetzt nicht zwei Dinge miteinander vermischen. Ich kann für meinen Bereich – das ist der der Bildung und Kindertagesförderung – antworten. Es ist erst einmal auch Aufgabe der Eltern, ihre Kinder zu erziehen. Das ist ganz wichtig, dass das auch Eltern mittun.

Und natürlich hat auch die Schule eine Pflicht der Bildung und der Erziehung, und dieser Pflicht kommen sie nach. Und auch die Fälle, die Sie benannt haben, sind detailliert aufgearbeitet worden. Es ist den Eltern Hilfe angeboten

worden. In der Zeitung erfolgte auch eine Richtigstellung über den Fall, den Sie jetzt beschrieben haben. Und Sie können davon ausgehen, jedes einzelne Vorkommnis wird begleitet, es werden Lösungsmöglichkeiten gesucht. In den meisten Fällen helfen sie auch, aber natürlich nicht immer, und dann wird weitergesucht.

Und natürlich gibt es am Ende auch immer noch die Ordnungsmaßnahmen laut Paragraf 60a des Schulgesetzes. Aber trotzdem muss man ja vorher erzieherisch wirksam werden. Und das werden oder das machen unsere Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen ganz hervorragend und sie werden begleitet. Wir sind sehr gut ausgestattet mit mobilen Teams, die an den Schulen sind, wir sind sehr gut ausgestattet mit unserer Leitstelle beim Zentralen Fachbereich für Diagnostik und Schulpsychologie. Und es wird in jedem Fall immer geholfen.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 17. März 2025

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/4264	Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Wind- und Solarparks	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4265	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4372	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes	Landesregierung	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4373	Entwurf eines Gesetzes über die Lehrkräftebildung in Mecklenburg-Vorpommern (Lehrkräftebildungsgesetz – LehrkräftG M-V)	Landesregierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4498	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4499	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4500	hierzu ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2025			
8/4465	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen über die Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4501	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 29.01.2025 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 12. März 2025 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/4261	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 13.11.2024 2. Lesung: 12.03.2025	Annahme
8/4262	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern für das Land Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	1. Lesung: 13.11.2024 2. Lesung: 12.03.2025	Annahme
8/4263	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bauproduktenmarktüberwachungsgesetzes, der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern, des Architekten- und Ingenieurgesetzes und der Kommunalverfassung	Landesregierung	1. Lesung: 13.11.2024 2. Lesung: 12.03.2025	Annahme
8/4371	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 11.12.2024 2. Lesung: 12.03.2025	Annahme



HELCOM-Vertreter Rüdiger Stremmel im Agrarausschuss

Expertengespräch zum Schutz der Ostsee

Agrarausschuss

Anlässlich seiner 68. Sitzung am 26. März 2025 hat der Agrarausschuss unter dem Vorsitz von Frau Dr. Slyva Rahm-Präger Herrn Rüdiger Stremmel, Exekutivsekretär der Helsinki-Kommission, zu einem Expertengespräch eingeladen.

Das Thema des Gesprächs war die Arbeit der HELCOM, die für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum arbeitet.

Rüdiger Stremmel – Experte für internationalen Meeresschutz

Rüdiger Stremmel ist seit 2019 Exekutivsekretär der Baltic Marine Environment Protection Commission, auch bekannt als Helsinki-Kommission (HELCOM), einer internationalen Organisation, die sich dem Schutz der Ostsee widmet. Der studierte Völkerrechtler verfügt über langjährige Erfahrung in den Bereichen Umweltrecht und -politik, insbesondere im internationalen Meeresschutz.

Er war unter anderem Exekutivsekretär des Übereinkommens zur Erhaltung der Kleinwale in der Ostsee, dem Nordostatlantik, der Irischen See und der Nordsee (UNEP/ASCOBANS) und des Gemeinsamen Wattenmeersekretariats (CWSS). Darüber hinaus arbeitete er als Berater für Organisationen der Vereinten Nationen wie das UN-Freiwilligenprogramm (UNV) und das UN-Klimasekretariat (UNFCCC).

HELCOM – Internationale Kooperation zum Schutz der Ostsee

Die HELCOM wurde auf Grundlage der 1974 unterzeichneten Helsinki-Konvention gegründet, die 1992 überarbeitet wurde und heute zehn Vertragsparteien umfasst (darunter Deutschland, die EU, Schweden und Polen). Sie ist ein völkerrechtlich verbindliches Instrument mit über 260 Empfehlungen zur Verbesserung des ökologischen Zustands der Ostsee.

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 befindet sich die Kommission in einer sogenannten „strategischen Pause“. Offizielle Sitzungen der HELCOM-Gremien wurden ausgesetzt; die Zusammenarbeit erfolgt seither im informellen „HELCOM 9“-Format ohne Beteiligung Russlands.

Aktuelle Herausforderungen für die Ostsee

Im jüngsten Bericht „State of the Baltic Sea 2023“ wurde festgestellt, dass sich der Umweltzustand der Ostsee zwischen 2016 und 2021 kaum verbessert hat. Hauptursachen sind:

- Eutrophierung durch Nährstoffeinträge (v. a. aus der Landwirtschaft)
- Verschmutzung, Klimawandel und Biodiversitätsverlust
- Intensive Nutzung der Ostsee durch Schiffsverkehr, Rohstoffabbau und Landnutzung
- Nährstoffreduktion und -recycling
- Vermeidung von Meeresmüll
- Schutz vor Unterwasserlärm
- Klimawandelanpassung und -monitoring
- Meeresraumplanung (ökosystembasiertes Management)

Rund 93,8 % des untersuchten Ostseegebiets befinden sich in keinem guten Umweltzustand. In Deutschland stammen laut HELCOM über 50 % der Phosphoreinträge und rund 48 % der Stickstoffdeposition aus der Landwirtschaft. Der Verkehrssektor folgt mit 34 % (v. a. Straßenverkehr).

Gleichzeitig wird festgestellt, dass die Maßnahmen zur Verringerung der Umweltbelastungen der Ostsee wirken, wenn sie umgesetzt werden. Auch die wissenschaftliche Erkenntnislage über das Ökosystem Ostsee sowie die darauf abgestimmte Umweltpolitik haben sich in den vergangenen sechs Jahren deutlich weiterentwickelt.

Der Ostsee-Umweltaktionsplan 2021

Als Reaktion auf den weiterhin kritischen Zustand der Ostsee wurde im Jahr 2021 der überarbeitete Baltic Sea Action Plan (BSAP) verabschiedet. Dieser umfasst 199 Maßnahmen mit individuellen Zieljahren, die bis spätestens 2030 umgesetzt sein müssen. Sie betreffen u. a.:

Ziel ist eine „gesunde Ostsee-Umwelt“, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Aktivitäten ermöglicht. Fortschritte werden regelmäßig durch ganzheitliche Umweltbewertungen erfasst, die alle sechs Jahre durchgeführt werden. Im Expertengespräch brachte Herr Stempel seine umfassende Expertise ein und schilderte eindrücklich die aktuellen Herausforderungen für den Schutz der Ostsee. Im Anschluss trat

er in einen offenen Austausch mit den Abgeordneten.

Sein Beitrag verdeutlichte einmal mehr, wie entscheidend internationale Zusammenarbeit, wissenschaftsbasierte Maßnahmen und politischer Wille für den Erhalt und die Wiederherstellung mariner Ökosysteme sind – nicht nur in der Ostsee, sondern weltweit. In diesem Zusammenhang

ist auch die enge Anbindung parlamentarischer Gremien von großer Bedeutung: Die Ostseeparlamentarierkonferenz besitzt seit 2002 einen Beobachterstatus bei der HELCOM. Dieser wird derzeit von der Ersten Vizepräsidentin des Landtages und Mitglied des Agrarausschusses, Beate Schlupp, wahrgenommen, die die zentralen Aktivitäten der HELCOM-Gremien kontinuierlich begleitet.

Enquete-Kommission vor Ort in Rostock



Am 28. Februar 2025 war die Enquete-Kommission zum Praxisbesuch in Rostock. Inbegriffen waren dabei Besuche eines Jugendclubs, des Psychosozialen Zentrums und der Jugend-Drogenberatung der Caritas.

Das Team von Soziale Bildung e. V. stellt in Rostock Toitenwinkel einen Treffpunkt für junge Menschen bereit, die zumeist mit vielen Problemen zu kämpfen haben. Die „Alte Schmiede“ ist ein Ort, an dem sie Vertrauen aufbauen und Selbstwertgefühl lernen können. Mit niedrigschwelligen Angeboten versucht man, Kindern und Jugendlichen Halt zu geben. Beeindruckend ist das Projekt des gemeinsamen Kochens. Die Teilnehmenden überlegen sich ein Gericht, kaufen ein und kochen auch selber. Für viele Kinder und Jugendliche ist dies oft die einzige warme Mahlzeit am Tag.

Im Psychosozialen Zentrum kümmert sich ein Team aus Fachärzten und Sozialarbeitern um die Belange von jungen Erwachsenen mit Migrations-/Fluchthintergrund, die unter psychischen Problemen leiden. Der Zugang ist ohne Krankenversicherung möglich, jedoch ist eine entsprechende Zuweisung (z. B. über Geflüchtetenunterkünfte oder Hausärzte) nötig. Langfristiges Ziel sei es hier, die Arbeit präventiv auszurichten.

Auch bei der Jugend-Drogenberatung der Caritas stehen die jungen Menschen im Fokus der Arbeit. Im Rahmen eines Modellprojektes betreibt man vor Ort eine Suchtberatung. Ein großes Problem besteht darin, dass Einrichtungen der stationären Jugendhilfe nur Kinder/Jugendliche aufnehmen, die clean seien und es grundsätzlich an genügend stationären Behandlungsplätzen mangelt.

Die Besuche ermöglichten den anwesenden Mitgliedern der Kommission die Möglichkeit, in einen offenen Austausch mit den Einrichtungen zu treten. Die Enquete-Kommission nutzte die Gelegenheit, sich einen Einblick in die tägliche Arbeit und damit verbundene Herausforderungen zu verschaffen. In allen Einrichtungen wurde deutlich, dass Engagement, Ideen und Visionen vorhanden sind. Aber häufig fehlen räumliche, finanzielle und personelle Ressourcen.





Treffen der Arbeitsgruppe „Energiesicherheit, -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität“ der Ostseeparlamentarierkonferenz

Vom 16.–18. März 2025 wurde in Stockholm (Schweden) das fünfte Treffen der Arbeitsgruppe „Energiesicherheit, -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität“ der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) ausgerichtet. Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern nahmen die 1. Vizepräsidentin Beate Schlupp sowie der Abgeordnete und zugleich stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Philipp da Cunha, an der Sitzung teil.

Im Vordergrund standen dabei Fragen nachhaltiger und vernetzter Energie- und Transportsysteme im Ostsee-

raum. Im Rahmen der Tagung traf die Arbeitsgruppe sich mit verschiedenen Expertengruppen. So tauschten die Mitglieder sich mit Forschenden des Königlichen Instituts für Technologie aus, besuchten eine Präsentation des Elektroboot-Herstellers „Candela“ und sprachen bei einem Besuch der Djuro-Station der schwedischen Küstenwache über spezifische Aspekte der Energieinfrastruktursicherheit.

Mit Blick auf aktuelle globalpolitische Entwicklungen erarbeiteten die Teilnehmenden zudem Empfehlungen für die Ostseestaaten und -institutionen.

Ihren Abschlussbericht wird die Gruppe im August bei der BSPC-Jahreskonferenz in Marienhamn vorstellen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz dient als internationales Forum zwischen den Parlamenten in der Ostsee-Region. Die Teilnehmerstaaten und -regionen arbeiten eng zusammen, um gemeinsame Chancen und Herausforderungen im Ostseeraum aufzugreifen. Die Arbeitsgruppen der Konferenz erarbeiten im Vorfeld der BSPC-Jahreskonferenz politische Empfehlungen zu verschiedenen Schwerpunktthemen.

Internationale Fachtagung – Die politische Partizipation von Frauen im Ostseeraum

Am 19. und 20. März 2025 fand die Internationale Fachtagung vom Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz, der Universität Rostock und der Mecklenburger AnStiftung zum Thema „Die politische Partizipation von Frauen im Ostseeraum“ statt.

Der erste Tag der Veranstaltung, der im Demmlersaal des Schweriner Schlosses abgehalten wurde, begann mit einem Grußwort der zweiten Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt. In ihrer Rede betonte sie die Bedeutung der Gleichstellung und der politischen Partizipation von Frauen, sowohl im Ostseeraum als auch auf Bundesebene. Sie machte deutlich, dass dieses Thema gerade jetzt relevant sei.



Schwerpunkte des ersten Tages bildeten Vorträge u.a. zur Partizipation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern sowie Präsentationen von akademischen Sachverständigen aus verschie-

denen Ostseeländern, darunter Schweden, Polen und Finnland. Sie stellten Plakate vor, die sich mit der politischen Partizipation von Frauen in ihren Heimatländern beschäftigten.



Ortsbesichtigung des Petitionsausschusses in Krenzow

Der Petitionsausschuss des Landtages MV hat am 5. März 2025 eine öffentliche Ortsbesichtigung in Krenzow (Amt Züsow) durchgeführt. Anlass des Termins war die Beschwerde eines Anwohners, der den Zustand der Kreisstraße zwischen Krenzow und Zarrentin kritisiert und sich mit einer Petition an den Landtag gewandt hat. Insbesondere forderte er darin eine Erneuerung des Kopfsteinbelages in der Ortsdurchfahrt Krenzow.

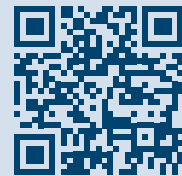
Auch der Landkreis Vorpommern-Greifswald als zuständiger Straßenbaulastträger hatte Handlungsbedarf festgestellt und zunächst eine grundlegende Erneuerung vorbereitet. Aufgrund naturschutzfachlicher Bedenken wurde dieses Vorhaben jedoch eingestellt -

stattdessen war nun geplant, Instandhaltungsmaßnahmen an der Ortsdurchfahrt durchzuführen.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses verschafften sich in Krenzow einen Überblick der Situation. In einem konstruktiven Gespräch diskutierten sie mit dem Petenten, den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie den beteiligten Behörden verschiedene Varianten, wie der Straßenzustand und damit die Verkehrssicherheit auf dem betreffenden Straßenabschnitt verbessert werden könnte. Im weiteren Verlauf werden die Behörden sich mit der Gemeinde abstimmen und den Ausschuss anschließend informieren, der den Sachverhalt dann in einer seiner nächsten Sitzungen erörtern wird.

Info

Möchten auch Sie sich mit Ihrem Anliegen an den Landtag MV wenden? Gerne können Sie Ihre Petition auf dem Postweg oder über ein Online-Formular einreichen. Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.landtag-mv.de/petition



SIE SIND
HERZLICH
EINGELADEN!

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.landtag-mv.de/mitmachen/veranstaltungen/tag-der-offenen-tuer



TAG DER OFFENEN TÜR
LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
IM SCHWERINER SCHLOSS

**EINTRITT
FREI**

Wo: Schweriner Schloss
(Lennéstraße 1, 19053 Schwerin)

www.landtag-mv.de/mitmachen

15. Juni 2025
von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr

- * Besondere Räume des Schlosses besichtigen
- * Arbeit des Parlaments kennenlernen
- * mit Abgeordneten diskutieren
- * Schlossmuseum & Schlosskirche erleben
- * Unterhaltung für die ganze Familie
- * für das leibliche Wohl ist gesorgt

LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

Foto: G. Jantke

Landesfinale Jugend debattiert im Landtag

Am 25.03.2025 fand wieder das Landesfinale von Jugend debattiert im Plenarsaal des Landtages statt. Aus ganz Mecklenburg-Vorpommern waren Schülerinnen und Schüler angereist, um sich am Vormittag in den Vorrunden und am Nachmittag im Finale in spannenden Debatten zu messen. Vertreten waren Schulen aus Bad Doberan, Gadebusch, Greifswald, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Waren, und Wismar.

Aus den in den Wochen davor durchgeführten Regionalentscheiden konnten sich 16 Jugendliche für die Vorrunden qualifizieren. Von diesen standen sich schließlich acht bei den Finaldebatten im Plenarsaal gegenüber.

Unter den Augen von rund 150 Zuschauerinnen und Zuschauern, darunter auch Abgeordnete aller Fraktionen, wurden intensiv folgende Themen diskutiert:

Sekundarstufe 1:

Sollen an ausgewählten Fernverkehrsbahnhöfen Sicherheitskontrollen wie am Flughafen durchgeführt werden?

Sekundarstufe 2:

Soll in Deutschland eine Versicherungspflicht für Elementarschäden eingeführt werden?

Wie üblich gab es nach jeder Debatte eine Publikumsbefragung, bei der dieses mit Pro- oder Contra-Kärtchen abstimmen konnte. Spannend waren auch die Antworten der anwesenden Abgeordneten, wieso sie sich beim jeweiligen Thema für Pro oder Contra entschieden hatten. Für einige Abgeordnete waren die Debatten der Schülerinnen und Schüler bereichernd, sie sagten, dass sie neue Einsichten und Argumente zu den Themen erhalten hätten. Die wertschätzende Art der Debattenkultur von Jugend debattiert wurde ebenfalls sehr positiv hervorgehoben.

Besonders betonte Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Die Bereitschaft, anderen zuzuhören, selbst gute Argumente vorzutragen und trotzdem immer auch mal den eigenen Standpunkt zu hinterfragen – das sind wichtige Voraussetzungen für eine gelungene Debatte. All das konnten wir heute im Plenarsaal erleben. Die Schülerinnen und Schüler haben das großartig gemacht!“

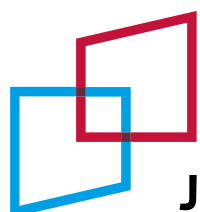
Am Ende kam die Jury zu folgendem Ergebnis:

Sekundarstufe I:

1.	John Regler Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar
2.	Charlotte Janik Gymnasium Gadebusch
3.	Sophie Schumann Richard-Wossidlo-Gymnasium Waren (Müritz)
4.	Jannik Lange Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg

Sekundarstufe II

1.	Sarah von der Osten-Sacken Christophorusschule Rostock
2.	Lena Kraft ecolea Schwerin
3.	Juno Holbe Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar
4.	Friedrich Krause Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg



**Jugend
debattiert**



Herzlichen Glückwünsche den Erstplatzierten der Sekundarstufe I John Regler aus Wismar und der Sekundarstufe II Sarah von der Osten-Sacken aus Rostock. Gemeinsam mit den jeweils Zweitplatzierten reisen sie im Juni zum Bundesfinale von Jugend debattiert nach Berlin.

Ende der Winterruhe für die Fledermäuse

Im Februar wurden die Fledermäuse in ihrem Winterquartier am Schweriner Schloss gezählt. Bei der Kontrolle am Weinlaubsaal und dem Petermännchengang konnten insgesamt 34 Tiere dokumentiert werden – darunter 8 Wasserfledermäuse und 26 Fransenfledermäuse. Die Zählung wird regelmäßig durchgeführt, um die Bestände zu dokumentieren und den ausreichenden Schutz der Tiere sicherzustellen.

Bei einer ersten Prüfung im Januar waren die Zahlen noch etwas höher ausgefallen – aufgrund der mildereren Temperaturen erwachen nun zunehmend mehr Fledermäuse aus ihrer Winterruhe und

verlassen das Quartier zur Nahrungssuche. Die Zählung hat Dr. Christina Augustin vom Landesfachausschuss für Fledermausschutz durchgeführt, die sich seit Jahren ehrenamtlich um die Kontrolle der Fledermäuse am Schloss kümmert.

Das Schweriner Schloss gilt als eines der größten und bekanntesten Winterquartiere der fliegenden Säuger in Mecklenburg-Vorpommern. Für den Winter benötigen Fledermäuse feuchte, frost- und zugfreie Höhlen oder Stollen. Mit seinen unterirdischen Gängen und Gewölben sowie seiner Lage am See bietet das Schloss den Tieren somit einen idealen Rückzugsort für die Winterruhe.



„Wert der Demokratie und ihre Grenzen“ – Landtagspräsidentin zu Gast am Oberlandesgericht

Landtagspräsidentin Birgit Hesse hat am 6. März 2025 im Rostocker Ständehaus auf Einladung des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Rostock (OLG), Kai-Uwe Theede, und des Befehlshabers der Unterstützungskräfte sowie Stellvertreters des Inspektors der Marine, Vizeadmiral Frank Lenski, zum Thema „Wert der Demokratie und ihre Grenzen“ referiert. OLG und Marinekommando zeichnen für die Vortragsreihe verantwortlich.

In ihrem Vortrag betonte die Landtagspräsidentin die gemeinsame Verantwortung für die Wahrung der Demokratie, insbesondere mit Blick auf die deutsche Geschichte: „Die Demokratie ist uns nicht in die Wiege gelegt worden. Wir müssen uns nur an unseren langen Weg zur Demokratie in Deutschland erinnern. An die mutigen Menschen, die für Freiheit und Selbstbestimmung kämpften und dabei oft ihr Leben riskiert haben. Heute müssen

wir uns bewusst sein, dass diese historische Errungenschaft aber auch wieder verloren gehen kann. Sie ist weder gottgegeben noch auf ewig garantiert – sie muss im Alltag gelebt werden und wir müssen für sie einstehen.“



Parlamentarischer Abend der Medienanstalt MV

Unter dem Titel „Medienkompetenz und Medienaufsicht im Zeitalter von Hass, Fake News und KI“ sind am 4. März 2025 Landtagsabgeordnete sowie Teilnehmende aus Politik, Medien und Verwaltung im Café Niklot zusammengekommen, um über die aktuellen Herausforderungen der Medienlandschaft zu diskutieren. Zu Beginn des Abends richtete die 2. Vizepräsidentin des Landtages MV, Elke-

Annette Schmidt, ein Grußwort an die Gäste, in dem sie die Bedeutung der Medienkompetenz für die Demokratie unterstrich:

„Technologischer Fortschritt bringt neue Chancen mit sich – zugleich dürfen wir damit einhergehende Risiken nicht außer Acht lassen. In einer Zeit, in der sich Inhalte blitzartig verbreiten und die Grenzen zwischen Wahrheit und Fiktion

immer mehr verschwimmen, ist es unsere gemeinsame Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, sich in dieser komplexen Medienlandschaft zurechtzufinden. Ein zentraler Aspekt ist die Vermittlung von Medienkompetenz, denn es ist entscheidend, dass die Menschen in der Lage sind, Informationen kritisch zu hinterfragen, Quellen zu bewerten und zwischen Fakten und Meinungen zu unterscheiden.“



Jahresbericht 2024 des Bürgerbeauftragten

Am 26. März 2025 hat der Bürgerbeauftragte für MV, Dr. Christian Frenzel, den Jahresbericht 2024 an den Landtag MV übergeben. Landtagspräsidentin Birgit Hesse nahm den Bericht am Schweriner Schloss entgegen.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Der Jahresbericht zeigt, zu welchen Themen Menschen Fragen haben und bei

welchen Entscheidungen sie sich womöglich nicht mitgenommen fühlen. Solche Wortmeldungen aufzugreifen ist eine wichtige Funktion des Bürgerbeauftragten. Der Bürgerbeauftragte ist ein Seismograf für die Stimmung im Land. Das hat er mit dem Petitionsausschuss gemein. Wir alle tun gut daran, uns die im Jahresbericht behandelten Themen zu vergegenwärtigen.“



Bürgerbeauftragter
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

MIT
MISCHEN MV

MITMISCHEN IST KEIN KONJUNKTIV!*



JETZT MITMACHEN AUF:
www.mitmischen-mv.de

* Der Konjunktiv ist eine Möglichkeitsform. Wir aber finden:
Mitbestimmung sollte ein Muss sein!



#mitmischenMV ist eine Initiative der Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ des Landtages M-V



So erreichen Sie die Fraktionen der 8. Legislaturperiode:

SPD-Fraktion im Landtag M-V

0385 / 525-2355
info@spd.landtag-mv.de

AfD-Fraktion im Landtag M-V

0385 / 525-1700
kontakt@afd-fraktion-mv.de

CDU-Fraktion im Landtag M-V

0385 / 525-2205
pressestelle@cdu.landtag-mv.de

Fraktion DIE LINKE im Landtag M-V

0385 / 525-2500
presse@dielinke.landtag-mv.de

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag M-V

0385 / 525-2400
kontakt@gruene-fraktion-mv.de

FDP-Fraktion im Landtag M-V

0385 / 525-1800
post@fdpltmv.de

So erreichen Sie Ihren Abgeordneten:

Auf der digitalen Wahlkreiskarte finden Sie über Ihre Postleitzahl die Kontaktdaten der Abgeordneten vor Ort, unter:

www.landtag-mv.de/landtag/abgeordnete/wahlkreis



So erreichen Sie den Landtag:

Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Schloss Lennéstr. 1
19053 Schwerin
0385 / 5250
poststelle@landtag-mv.de